

Freiheitsglocke

VOS - Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V.
Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus

Berlin, September/Oktober 2018

68. Jahrgang, Nr. 791/92

Detlef Chilla: „Zu diesem Vorgang wird Aufklärung gefordert!“

Die Abberufung des Gedenkstättendirektors Knabe wird von den SED-Opfern kritisch gesehen

Eine Woche vor Redaktionsschluss der Freiheitsglocke wurde bekannt, dass der Direktor der Stasi-Opfergedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Dr. Hubertus Knabe nach einer einstimmigen Entscheidung des Stiftungsrates seinen Stuhl räumen soll. Die Informationen, die hierzu in die Öffentlichkeit gelangten, führen möglicherweise zu Missverständnissen. Hubertus Knabe ist eine Persönlichkeit, die aus Sicht der SED-Opfer Großes geleistet hat und den der Bundesvorstand der VOS für eine Weiterführung des Amtes als geeignet ansieht. Auch die Mitglieder des Verbandes vertreten diese Meinung.

Der Bundesvorstand der VOS hält es daher für angemessen, von dem für die Abberufung Knabes – falls es sich um eine solche handeln sollte – zuständigen Gremium eine ausführliche öffentliche Erklärung bzw. Begründung sowie die Bestätigung der Einhaltung der arbeitsrechtlichen Bestimmungen zu fordern. Er kommt damit der Bitte seiner Mitglieder nach. Zugleich weist der Bundesvorstand auf einen offenen Brief hin, in dem vier Frauen, die dem Stiftungsbeirat angehören, ausdrücklich ihre Bedenken zu dem Vorgang äußern.

Der Bundesvorstand unterstützt die Forderung dieses Briefes nach einer korrekten Verfahrensweise und hält am weiteren Einsatz von Herrn Dr. Knabe fest.

Der Bundesvorstand fordert zudem Aufklärung zum Verhalten von Stiftungsratsmitglied Dieter Dombrowski, der auch Vorsitzender der UOKG ist. Aus dem

einstimmigen Ergebnis der Entscheidung zur Abberufung von Dr. Knabe geht hervor, dass Herr Dombrowski mit einem Vertreter der Linken, dem Vorsitzenden des Stiftungsrates, gemeinsam abgestimmt hat.

Eine solche Verfahrensweise entspricht diktatorischen Prinzipien und ist mit unseren demokratischen Grundsätzen nicht vereinbar.

Bei den Mitgliedern der VOS kamen zudem seine und die Äußerungen des Brandenburgischen CDU-Vorsitzenden Senfleben zur Parteienkonstellation in Brandenburg, bei denen er die Linke erwähnte, nicht gut an. Dies wurde teils so verstanden, dass – abhängig vom Wahlergebnis – eine Kooperation zwischen der CDU und der Linken nicht ausgeschlossen wird.

Die geschilderte Verfahrensweise der Absetzung bzw. Entlassung von Hubertus Knabe – ohne Anhörung des Beschuldigten und ohne vorherige Rücksprache mit den Angehörigen des Stiftungsbeirates – ist ein weiterer Punkt, der aufgeklärt werden sollte. Eine solche Verfahrensweise entspricht diktatorischen Prinzipien und ist mit unseren demokratischen Grundsätzen nicht vereinbar. In dem offenen Brief der vier Frauen des Stiftungsbeirates wurde das Verhalten von Frau Neumann-Becker, Landesbeauftragte in Sachsen-Anhalt, kritisiert. Frau Neumann-Becker hat mit ihrer Zustimmung zur Entlassung des Gedenkstättendirektors Knabe

ebenfalls eine Gleichschaltung mit dem Linke-Senator Lederer vollzogen. Hierzu wird von den Verfasserinnen des offenen Briefes und vom Bundesvorstand der VOS eine Erklärung erwartet.

Tatsache ist, dass Herr Dr. Knabe bei den in der Gedenkstätte eingesetzten Referenten, die durchweg politische Opfer des SED-Staates sind, ungeachtet seines häufig von unnahbarem Verhalten geprägten Leitungsstils ein hohes Ansehen genießt. Die in der Gedenkstätte tätigen Referenten sprechen sich ebenso wie der deutlich höhere Anteil der politisch aktiven SED-Opfer für die Weiterbeschäftigung von Herrn Dr. Knabe aus. Sollte diese aus Sicht der Opfer grundlos und rechtswidrig vorgenommene Kündigung nicht aufgehoben werden, sieht sich der Verband der Opfer des Stalinismus zu weiteren Schritten veranlasst. Eine Unterschriftensammlung zur Aufklärung des Vorgangs ist außerhalb der VOS bereits angelaufen; sie wird von den Mitgliedern des Opferverbandes unterstützt. Für die Opfer der SED ist nicht verständlich und nicht erträglich, dass sich CDU-Funktionäre dem Diktat der Linken, die formal juristisch die alte SED ist, die Obergewalt über die von ihr betriebene Folterkammer und heutige Gedenkstätte Hohenschönhausen überlassen. Um Bündnisse zu schmieden, geht man mit dem Teufel ins Bett.

*Detlef Chilla
Bundesvorsitzender der
Vereinigung der Opfer
des Stalinismus e. V.*

Am 25. September erreichte uns die Nachricht, dass der Stiftungsrat der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen den amtierenden Direktor Dr. Hubertus Knabe von seinem Posten abberufen will. Das kam nach den Vorwürfen, die in den Tagen zuvor durch die lokalen Medien gingen, nicht unbedingt überraschend. Es war bekanntgeworden, dass Mitarbeiterinnen einen Angehörigen der Gedenkstätten-Verwaltung der sexuellen Belästigung beschuldigt hatten. Der Beschuldigte konnte dies offenbar nicht widerlegen und hat richtigerweise die Konsequenzen gezogen. Inwieweit Knabe für die bis dahin unterbliebene Aufklärung der Vorwürfe eine Verantwortung trägt, mag dahingestellt bleiben. Fakt ist, er hat nun mal nicht so einen starken Schutzpatron hinter und über sich wie etwa Hans Georg Maaßen.

Anschuldigungen dieser Art hat es rund um den Erdball in den letzten Jahren viele gegeben. Sofern sie zutreffend sind, müssen sie aufgeklärt und geahndet werden. Täter sind zu bestrafen, ob sie in der Film-Branche, in den großen Kirchen oder in Verwaltungen angesiedelt sind, sollte keine Rolle spielen. Dass aber der Vorgesetzte eines Beschuldigten für derartige Vorkommnisse grundsätzlich mit haftet, bleibt umstritten. Und dies besonders, da der vorliegende Fall auch eine politische Dimension hat. In Berlin regiert Die Linke mit, und diese stellt den Kultursenator, der laut Gedenkstätten-Satzung dem Stiftungsrat vorsteht. Der Stiftungsrat wiederum ist für die Berufung des Gedenkstättendirektors zuständig, und auch für eine mögliche Abberufung. Hier ist die Entscheidung gegen die Weiterbeschäftigung Knabes gefallen. Das, so vermitteln es uns die großen Medien, ist schnell und einstimmig gegangen. Hubertus Knabe hatte unter den Abstimmberechtigten, die unterschiedlichen Parteien angehören, keinen Fürsprecher. Demnach haben der Vertreter der Linken, die Landesbeauftragte Sachsen-Anhalt und die der CDU im Konsens abgestimmt. Für mich ist das ein Novum, dass CDU und Linke in eine Art Gleichschritt verfallen. Wenn ich daran denke, dass sich die CDU

nach einem voraussichtlich schlechten Wahlergebnis nächstes Jahr in Sachsen der Linken als Mehrheitsbeschaffer bedienen, bin ich besorgt.

Auf ein Wort des Redakteurs

Andererseits verbirgt sich hinter Knabes Abberufung nicht nur eine politische Komponente, sondern es geht auch um mögliche persönliche Animositäten. Knabe ist einer aus dem Westen, er hat keine Haft- oder Bürgerrechtler-Biografie, und er hat sein Amt meist hoch zu Ross ausgeübt und damit nicht nur Anerkennung eingeheimst. Das mag gegenüber linken Politikern und uneinsichtigen pensionierten Stasi-Leuten gerechtfertigt gewesen sein, seine Referenten – ehemalige politische Häftlinge – kamen nicht jederzeit damit klar, und auch die Fragen für ein vordem vereinbartes Interview mit unserer Freiheitsglocke sind bis heute unbeantwortet geblieben. So heißt es in dem Statement von einem der Zeitzeugen, der seit frühester Zeit als Referent in der Gedenkstätte tätig und bei Schulklassen beliebt ist: „Ich wünschte mir mehr Anerkennung seitens der Gedenkstättenleitung, die es nicht für nötig befindet, den Referenten mehr Anerkennung zu zollen und deren Tätigkeit zu würdigen. Dies könnte zumindest bei Jubiläen z. B. in Form eines persönlichen Schreibens geschehen. Doch leider ist da nichts passiert. Und das ist sehr ärgerlich. Noch zumal wir von Anfang an dabei sind und die Gedenkstätte durch unsere Tätigkeit zu dem gemacht haben, was sie jetzt letztlich ist.“

Ungeachtet dessen wurde unter Dr. Knabes Regie ein gigantisches Stück Zeitgeschichte vergegenständlicht, das die Linken und ihre Sympathisanten gern verhindert hätten. Schulklassen aus der gesamten Bundesrepublik reisen an und bestaunen schauernd, was ansonsten oft zerredet oder in der Umsetzung der Rahmenlehrpläne des Geschichtsunterrichts vernachlässigt oder ignoriert wird: eine deutsche Diktatur stalinistischer Prägung, in

deren Auswirkung in ungeahnter Breite und Intensität Tod und Grauen über die Menschheit des Ostblocks kam. Zusammenhänge und Details werden sichtbar, und ein essenzielles Verdienst von Knabe ist das breite Interesse, das sich bei den Bürgern unseres Landes und den Berlin-Touristen entwickelt hat. Jährlich steigen die Besucher-Zahlen, und man findet kaum jemanden, bei der oder dem die Besichtigung nicht einen tiefen Eindruck hinterlässt. Ein guter Indikator für die Qualität der Gedenkstätte ist zudem der Zorn der ehemaligen Stasi-Leute, die ihre Verbrechen im Angesicht des hier Dokumentierten immer noch nicht wahrhaben wollen.

Eine solche Erfolgsstory entsteht nicht im Selbstlauf. Ich halte die Entlassung Knabes trotz der Versäumnisse und der Defizite im Führungsstil, die ihm anzulasten sind, nicht für gerechtfertigt. Niemand ist perfekt, und niemand, der ein solch wichtiges Gedenkstättenprojekt aufgebaut und ständig erweitert hat, sollte einfach so vor die Tür gesetzt werden. Diese Meinung steht stellvertretend für die eines großen Teils der Mitglieder unseres Verbandes.

Um die Zukunft von Hubertus Knabe werden wir uns sicher keine Sorgen machen müssen. Ein Mann mit den Qualitäten wird eher die Treppe hinauf- als hinabsteigen. Man darf hoffen, dass er sich weiter im Sinne einer engagierten Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Wahrheitsfindung einbringt und nicht weitere Konsequenzen für Vorgänge zu tragen hat, die ihn nicht erreicht haben.

Für die Gedenkstätte selbst wäre es freilich ein Rückschritt, sollte der Direktionsposten an jemanden gegeben werden, der im Versorgungsengpass steckt oder von dem man meint, er würde es aufgrund früherer Verdienste rechtfertigen. Das Objekt in Berlin-Hohenschönhausen ist ein Platz, auf den die Welt schaut. Wer die Schrecken des Kommunismus nacherleben will, dem wird das hier deutlich und ausführlich gelingen.

*Bis zur nächsten Ausgabe
Ihr Alexander Richter*

In dieser Ausgabe: Gedenkstätte – CDU und Linke in einem Boot?

Titelseite

Aufklärung eingefordert

Nach der Entlassung von Gedenkstättenleiter Dr. Knabe stellt der Bundesvorstand der VOS Fragen an den Senat, die CDU und die Mitglieder des Stiftungsrates

Redaktionsthema:

Die Entlassung von Knabe ist nicht im Sinne der SED-Opfer

Welches sind die wirklichen Gründe? 2

Die Zeitzeugen werden älter und brauchen unsere Unterstützung

Ein würdevolles Gedenken mit großer Teilnahme in Malchow 4 – 5

Die Heimat der kommunistischen Diktatur

Der Kurzkommentar zu einer Äußerung 5

Keine Gleichgültigkeit für Diktaturen

Täter zur Rechenschaft ziehen 6

Marx und immer wieder Marx

Es gab wirklich wichtigere Wissenschaftler 7

„Aufstehen“ oder schon umgefallen?

Ein Kommentar zu Sarah Wagenknechts neuer Sammelbewegung 7

Ein Besuch mit vielen Facetten

Thüringer VOS-Gruppe Erfurt/Gera nimmt eine Einladung der AfD-Fraktion an 8 – 9

Nachgefragt: Wie halte ich es mit der Vergangenheit?

Leugnet die AfD die Verbrechen der Nazis in den KZs? 9

Solche aufschlussreichen Events sollten viel öfter stattfinden

Landesbeauftragter Rathenow fördert in Sachsen Tag des offenen Denkmals. Auch in Berlin gab es viele Informationen 9 – 10

Ohne Gnade auf der Flucht erschossen

Günter Litfin gilt als erstes Mordopfer nach dem Mauerbau 10

Er hat viel für die Aufarbeitung getan

Ein Nachruf auf Ulrich Schacht 11

Geschmacklos und peinlich

Disney-Projekt: eine künstliche DDR ist glücklicherweise gescheitert 11

Was für ein Affront: Er leistet sich den Luxus einer eigenen Meinung

Siegmar Faust wird beschimpft und mit Dreck beworfen. Dabei könnten sich an seiner Biografie viele ein Beispiel nehmen 12

Gescheitert oder gelungen. Über die heimlichen und mutigen Könige der Lüfte

Fluchtgeschichten von und über Ballonbauer in der DDR 13 – 14

Schon früh den Glauben und die Bindung an die DDR verloren

Rainer Dellmuth aus Berlin ist ein Macher, der trotz posttraumatischer Belastungen viele Stationen durchlaufen und immer noch Pläne hat 15 – 16

Ein Projekt, das Schule machen sollte

In Thüringen haben findige Kameraden eine Jugendgruppe gegründet. Die bisherigen Ergebnisse sind vielversprechend 17 – 18

Respekt und Würdigung der Opfer waren wichtiger als die Kritik

Gedenkfeier in Sachsenhausen unter aktiver Beteiligung der VOS 19 - 20

Die Abberufung von Gedenkstättendirektor Knabe beunruhigt nicht nur die VOS

Frauen aus dem Stiftungsbeirat mit Protest in offenem Brief 21 - 22

Das Gedenken würdig vorgetragen

Edda Schönherz redet am Tag der Einheit 22

Gericht spricht wichtiges Urteil

Zum Rentenunrecht 22

Dieser Erfolg geht uns zu Herzen

Der unbekannte Künstler aus der Cottbuser Haftanstalt wurde doch noch gefunden 22

Gericht spricht wichtiges Urteil

Zum Rentenunrecht 22

Nachgefragt: Warum reagiert diese Gedenkstätte nicht?

Eine Broschüre für das Lager Mühlberg 23

Glückwünsche, Dankeschreiben 5, 6, 14

Stiftungen, Hinweise, Korrekturen 6, 7, 14

Leserbriefe, 6, 8, 18

Nachrufe, Würdigungen 6, 11, 18, 23

Studierende sucht Zeitzeugen 23

Impressum / Termine 24

Danke an alle großartigen Spender, die sich für die VOS einsetzen!

Der Vorstand hat nichts einzuwenden, wenn es demnächst wieder einige mehr wären

Helmut Günther, Günter Nossol, Karl-Günther Wehling, Hermine und Reinhold Irimi, Rosemarie Badock, Klaus Feibig, Andreas Krieg, Fritz Giese, Hans Waldenburger, Horst Schultz, Helfried Reichel, Günther Müller, Friderun und Egon Seel, Jürgen Kurt Wenzel, Hartmut Schlotte, Holker Thierfeld, Günter Hammer, Fritz Schaarschmidt, Horst Wagner, Horst Lindemuth, Roland Steinbach, Heinz Bemme, Christel Haustein, Michael Krug, Steffen Hebestreit, Jürgen Weisbach, Karla und Dieter Bachmann, Hans-Joachim Markgraf, Gerd Ahnert, Carmen Lorenz, Peter Klausner, Karl-Heinz Ulrich

Nach Redaktionsschluss erreichten uns noch folgende wichtige Meldungen:

- Der Bundesrat empfiehlt mit den Ländern Brandenburg, Sachsen und Thüringen der Bundesregierung Verbesserungen der Leistungen für ehemalige politische Häftlinge von SBZ/DDR. Dazu gehören Anpassung der Opferrente an die Lebenshaltungskosten sowie besser sozial gesundheitliche Versorgung der Opfer

- 3 der 4 Verfasserinnen des offenen Briefes zur Rücknahme der Abberufung von Dr. Knabe als Gedenkstättendirektor haben ihre Mitgliedschaft im Beirat der Stiftung beendet.

Trotz der inzwischen vergangenen Jahre ist das sehr ergreifend

In Malchow in Mecklenburg-Vorpommern wurde auch in diesem Jahr unter vielschichtiger Beteiligung der Opfer der stalinistischen Werwolf-Hetze gedacht

Im Süden von Mecklenburg-Vorpommern gibt es den Luftkurort Malchow. Seit 1235 hat diese Gemeinde das Stadtrecht, und ab 1853 gibt es alljährlich das „Malchower Volksfest“. 2018 war es somit das 165. Fest seit dessen Einführung. Ein fröhliche Zusammenkunft mit großen Umzügen von vielen Kindern und am folgenden Tag der Umzug mit Erwachsenen und viel Musik, dazu mit herrlichen Ideen für tausende Zuschauer, auch aus den umliegenden Gemeinden. Dazu gibt es am Abend einen Schiffskorso und ein Feuerwerk, also insgesamt ein lustiges Treiben.

Aber in Malchow begannen vor 73 Jahren auch ganz tragische Ereignisse ihren Lauf zu nehmen, die für viele Menschen schrecklich endeten. Damals begann die sogenannte „Werwolf- Tragödie“. Nach der Ideologie des faschistischen Propagandaministers Joseph Göbbels sollten die sogenannten Werwölfe als letztes Aufgebot gegen die anrückende Besatzungsmacht kämpfen.

Was ist in den Jahren 1945 und 1946 in diesem Ort geschehen?



In diesen beiden Jahren verhaftete der Geheimdienst der Roten Armee meist willkürlich und ohne jede juristische Grundlage mindestens 33 Jungen und Mädchen im Alter von 13 bis 16 Jahren unter dem Verdacht "Werwolf" zu sein. Sie alle stammten aus Malchow und Umgebung. Kaum einer der Jugendlichen wusste überhaupt, was ein „Werwolf“ war und welche Aufträge ihm übertragen werden sollten. In den Kerkern des NKWD wurden

diese jungen Menschen solange befragt und gefoltert, bis sie ein Geständnis unterschrieben, in dem dann "Taten" aufgeführt wurden, die sie nie begangen hatten und zu denen sie nicht mal fähig waren. Es kam ohne juristischen Beistand und ohne Zeugenanhörung zu Prozessen vor Sowjetischen Militärtribunalen, in denen die unschuldigen Kinder zu Strafen in undenkbar hohen Höhen verurteilt wurden. Oft waren es Urteile von 5, 10, 15, 20 oder

VOS Erinnerung Aktivitäten

gar 25 Jahren Strafvollzug. Bei einigen Jugendlichen wurde sogar die Todesstrafe verhängt. Ganz tragisch aber war, dass einige dieser sinnlosen Todesstrafen auch vollstreckt wurden.

Auch als der Landtag von Mecklenburg im Jahre 1947 erklärte, dass es in diesem Land überhaupt keine Werwolfstätigkeit gegeben habe, wurden die drastischen Urteile weder revidiert noch wurden die inhaftierten Jugendlichen weder begnadigt und freigelassen.

In der Malchower Gartenstraße gab es ein Gebäude, das im Volksmund „Villa Blanck“ genannt wurde. Die Siegermacht Sowjetunion hatte 1945 diese Villa beschlagnahmt und die Kommandantur dort untergebracht. In den Kellerräumen waren behelfsmäßige Kerkerzellen eingerichtet worden, die noch einige Jahre existierten.

Nach der politischen Wende kaufte dieses Haus eine Familie, die von den Vorgängen der Nachkriegszeit nichts wusste. Als vor einigen Jahren vor dieser Villa ein Gedenkstein errichtet wurde, hatten sich die neuen Besitzer über den Sinn dieses Steines erkundigt und somit erfahren, welche schweren Schicksale sich mit ihrer Wohnstatt verbinden. Seit diesem Zeitpunkt tragen sie intensiv und gewissen-

haft dazu bei, die Erinnerung an die dramatischen Vorgänge um 1945 wachzuhalten.

Der Familie Halbig ist ganz herzlich dafür zu danken, dass auch nach der diesjährigen Gedenkveranstaltung auf ihrem Grund und Boden alle Teilnehmer und Gäste zu einer großen Kaffeerunde eingeladen wurden. Man sollte in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass alle verurteilten Jugendlichen in den 1990er Jahren von der Russischen Militärstaatsanwaltschaft rehabilitiert worden sind. Seit 22 Jahren findet unter Teilnahme prominenter Gäste und Vertreter der Landespolitik eine würdevolle Gedenkveranstaltung statt. Musikalisch umrahmt wird diese Veranstaltung traditionsgemäß immer durch das Bläsersextett des Heeresmusikkorps Neubrandenburg.

So begann auch in diesem Jahr die Gedenkstunde mit einem würdevollen Musikstück. Danach begrüßte der Bürgermeister der Stadt Malchow, Herr René Putzar, die eingetroffenen Gäste. Es folgten weitere Grußworte, darunter zunächst das der Landesbeauftragten der Stasi-Unterlagen-Behörde von Mecklenburg-Vorpommern Frau Anne Drescher.



Der Vorsitzende vom Bautzen-Komitee und Leiter der Gruppe *Kinder hinter Stacheldraht* Alexander Latotzky, selbst im Gelben Elend in Bautzen geboren, sprach ebenfalls ein Grußwort. Der Vorsitzende der Initiativgruppe Lager Mühlberg e. V., Pfarrer Matthias Taatz begrüßte die Teilnehmer auf das Herzlichste. Die Mitarbeiterin der UOKG, Frau Ottmann überbrachte ebenfalls ein Grußwort.

→ **nächste Seite oben**

→ von voriger Seite unten

Das Heeresmusikkorps aus Neubrandenburg spielte ein sehr getragenes Stück aus der irischen Tradition. Danach erfolgte eine beeindruckende Gedenkrede vom Landesvorsitzenden der CDU aus Mecklenburg-Vorpommern Vincent Kokert (Foto).

Er begann seine Ausführungen mit einem Vergleich der Situation seiner drei Söhne mit den jungen Menschen aus der Nachkriegsgeneration, die völlig unschuldig in die Werwolf-Tragödie verwickelt wurden. Seine Söhne aber können nun völlig unbeschwert die Freiheit und die Demokratie in unserem Land mit allen ihren Möglichkeiten nutzen.

Eine Absolventin des Fleesensee-Gymnasiums Malchow begrüßte ebenso alle Teilnehmer. Die Schüler dieser Schule haben sich schon vor Jahren in ihrem Geschichtsunterricht intensiv mit der "Werwolf-Tragödie" beschäftigt. Dazu kommen ihre anerkanntswerten Aktivitäten bei der Vorbereitung der gesamten Veranstaltung.

Der Malchower Pfarrer Eckard Kändler sprach ein Gebet. Danach erfolgte die Kranzniederlegung vor dem Gedenkstein für die Opfer. Das Musikkorps der Bundeswehr intonierte mit einem Trompetensolo das bekannte Stück: "Ich hatte einen Kameraden ...".

Dieser feierliche Akt war für die vielen Anwesenden ergreifend, ganz besonders für wenigen Überlebenden der Tragödie. Ihnen wurden noch einmal die ihnen zugefügten Qualen bewusst. Dabei gedachte man der Kameradinnen und Kameraden, die nicht mehr unter ihnen den Lebenden sind. Alle Anwesenden sangen danach die 177 Jahre alte Deutsche Nationalhymne "Einigkeit und Recht und Freiheit".

Im Anschluss lud in großartiger Tradition die Familie Halbig die Anwesenden zu Gesprächen bei Kaffee und Kuchen ein. Einige sehr fleißige Schüler des Fleesensee-Gymnasiums waren dabei dankenswerterweise zur Bedienung der Gäste angetreten. Für die umfangreiche Vorbereitung und den würdevollen Verlauf der gesamten Veranstaltung wurde der Familie Vau aus Neubrandenburg, auch in diesem Jahr, herzlich gedankt.

Hanns Osterloh, Halberstadt (Text und Fotos)

Fotos:

Vincent Kokert mit Gerhard Teege einem 90-jährigen Überlebenden. – Vincent Kokert am Rednerpult. – Kranzniederlegung: 3. von links Rolf Schröder (einer der Malchower Jungen).

Dank: Der Redakteur dankt Hans Osterloh für den Textbeitrag sowie die Fotos.



Lieber Kamerad Jochen Stern,
in der letzten Ausgabe unserer Zeitschrift Freiheitsglocke veröffentlichten wir einen Beitrag von Dr. Frank Hoffmann mit der Überschrift: *Im Alter noch die Schaffenskraft, der Ernst und die Freude Dem Schauspieler, Autor, Regisseur und Zeitzeugen Jochen Stern zum 90. Geburtstag.* Auch von meiner Seite möchte ich nachträglich die besten Glückwünsche zu

diesem Ehrentag. Für unser Zeitzeugenprojekt Nordrhein-Westfalen, wo Sie aktiv mitwirken,

**Geburtstags
=
glückwünsche**

haben wir einen Antrag auf die Finanzierung zur Fortführung bei der Bundesstiftung Aufarbeitung eingereicht.

Mich persönlich begleiten Sie bereits seit sehr vielen Jahren, denn die Rolle des *Koslowski* in der Serie „Ein Herz und eine Seele“ mit „Ekel Alfred“ war und ist nach wie vor Kult.

Am 20. September werde ich an Sie denken, ich bin zu einer Sitzung beim Sender Phoenix in Bonn. Ich wünsche Ihnen alles Gute, vor allem Gesundheit und grüße kameradschaftlich

Hugo Diederich,
Bundesgeschäftsführer der VOS

Weder Rache noch Vergeltung – Appell der Menschheit an das Recht

In der DDR geboren – also Täter?

☒ Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verjähren nicht! So lautet eine der grundlegenden Maxime des Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag. So muss man fragen, ob betagte Kriegsverbrecher überhaupt noch zur Rechenschaft gezogen werden sollen. Oder ob Gnade vor Recht ergehen sollte.

Ich denke, dass Völkermord nicht als Jugendsünde abgetan werden darf, sondern als Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Das gebietet zum einen die moralische Verpflichtung gegenüber den Opfern. Das gebietet zum anderen aber auch die ethisch-rechtlichen Grundlagen unseres Rechtsstaates. Verbrechen müssen bestraft werden. Für diese Verbrechen gilt Recht vor Gnade. Die, die überlebten, hatten ihr ganzes Leben unter dem Druck der posttraumatischen Folgen zu leiden. Somit ist es nur recht und billig, wenn die Täter Verantwortung vor einem weltlichen Richter ablegen müssen. Was wollen wir sonst den Nachgeborenen sagen, wenn sie nach der Bestrafung der Kriegsverbrecher fragen?

Dass es keine rechtliche Handhabe gegen sie gab?

Die Täter müssen zur Rechenschaft gezogen werden. So sollten wir auch mit den Tätern der roten Diktatur umgehen. Bisher haben wir hier noch sehr viele ausgenommen. Auch mich? Ich war Mitglied der Pioniere, der FDJ, diente in der NVA und habe trotz Haft (§ 220 DDR-StGB) der DDR gedient, einem Staat, der durch „Verbrecher“ gegründet wurde. Ein Staat, der sich als Arbeiter- und Bauernstaat bezeichnete und die Arbeiter und Bauern ausbeutete sowie die freie Meinungsbildung, ... einschränkte. *André Rohloff*

Falsche Haftanstalt angegeben

Richtigstellung zur Fg- Ausgabe 789/90 Seite 7

Zunächst bedanke ich mich ausdrücklich für die Ausführungen über meine Rede bzw. über den dbz. Artikel in der SäZ.

Auch im Interesse meiner Glaubwürdigkeit halte ich aber eine Berichtigung für notwendig: Ich war nie in Görlitz inhaftiert. Dies habe ich auch nirgends und niemals so gesagt/geschrieben. Ich war überwiegend in der StaSi- Untersuchungshaftanstalt in Dresden, Bautzener Straße) und 1985 in Torgau (Fort Zinna) inhaftiert.

Eher irrelevant ist in diesem Zusammenhang noch (siehe letzter Satz des Artikels), dass Herr Wieler nicht Oberbürgermeister sondern lediglich Bürgermeister in Görlitz ist; Oberbürgermeister ist Herr Deinege.

Und die „wichtigste Persönlichkeit“ unter den Teilnehmern war wohl Ministerpräsident Michael Kretschmer, den ich übrigens seit 1989 (Neues Forum) persönlich gut kenne. Er war mit damals 16 Jahren einer der jüngsten Mitstreiter.

Ann. d. Red.: Der Redakteur bedankt sich für die Richtigstellung. Für den Bericht wurde v. g. Beitrag der angegebenen Zeitung zugrunde gelegt. Weitere Informationsquellen lagen nicht vor. Auch im Internet war kein frei zugängliches Material auffindbar.

Wir werden ihn vermissen

Rudolf Keick aus Wernigerode verstorben



Im Alter von 88 Jahren verstarb im Juni unser von allen hochgeschätzter Kamerad Rudolf Keick aus Wernigerode. Rudolf Keick war lange Zeit Vorsitzender der Bezirksgruppe seiner Heimatstadt Wernigerode, die später in Bezirksgruppe Harz umbenannt wurde. Die Gedenkfeier der Landesgruppe fand unter großer Anteilnahme der Anwesenden, zu denen auch der Bundesgeschäftsführer der VOS Hugo Diederich gehörte, in Wernigerode statt.

Rudolf Keick war beruflich als Kellner tätig und in seiner Freizeit leidenschaftlicher Koch. Bei den Kameradinnen und Kameraden der VOS war er wegen seiner Zuverlässigkeit, der Hilfsbereitschaft und seiner angenehmen ruhigen Art ausgesprochen beliebt. Die, die ihn kannten, werden ihn vermissen, dem Verband wird er in Erinnerung bleiben, solange dieser existiert.



Das Foto zeigt Rudolf Keick mit seiner Gattin wenige Tage vor dem Tod im Kurpark in Wernigerode.

Abschied von Heinz Zierow

Abschied nehmen wir nochmals von unserem bereits im Juni verstorbenen Kameraden Heinz Zierow, dessen Tod ein schmerzvoller Verlust für die VOS ist. Unser herzliches Beileid geht hiermit an seine Gattin.

Es bedarf der Richtigstellung

Berichtigung zur vorigen Fg-Ausgabe

Ein kleiner, aber nicht unwesentlicher Fehler ist in der vorigen Fg-Ausgabe im Artikel auf Seite 4 bei dem Bericht zum Volksaufstand vom Juni 1953 aufgetreten. Gleich im ersten Absatz steht (im Fettdruck): „Protestiert wurde zunächst gegen die staatlicherseits beschlossene drastische Lohnerhöhung, gegen die sich die ‚Werkstätigen‘ auflehnten“.

Es hätte statt Lohnerhöhungen allerdings Normerhöhungen heißen müssen. Der Redakteur bedankt sich bei Dieter Müller, selbst Zeitzeuge vom 17. Juni aus Thüringen, für diesen Hinweis und bringt hiermit sein Bedauern für den Fehler zum Ausdruck.

Dank dem hilfsbereiten Zeitzeugen

Erfreulich: Auf die in der letzten Fg veröffentlichte Anfrage der Doktorandin nach einem passenden Zeitzeugen aus der VOS meldete sich ein Kamerad, dem wir hiermit unseren Dank sagen.

Nach acht Minuten Redezeit einen unredlichen Vorschlag unterbreitet

Ministerpräsident Ramelow würdigt Wirken und Werk von Karl Marx und regt Wiederaufstellen der Büste an

Im Sommersemester 2018 drehte sich bei einer Ringvorlesung von Fachhochschule und Universität Erfurt alles um Karl Marx, dessen Geburtstag sich 2018 zum 200. Mal jährt. Der Eröffnungsvortrag von Ministerpräsident Bodo Ramelow im April 2018 stand unter dem Thema: „Die Arbeitswelt im 21. Jahrhundert – was würde wohl Marx dazu sagen?“ Ohne Manuskript sprach er locker fast zwei Stunden und beeindruckte sicher nicht wenige der Zuhörer.

Aber bereits in der achten Redeminute kam er mit dem Vorschlag für die Jenaer Friedrich-Schiller-Universität, die in den 1990er Jahren in den Keller entsorgte Karl Marx Büste doch wieder offen aufzustellen. Die Uni-Leitung lehnte solch einen Vorschlag bereits schon einmal ab, denn die Verleihung des Doktor-Titels an Karl Marx ist bei näherer Betrachtung wahrlich kein Ruhmesblatt in der Geschichte der Jenaer Universität.

Damals im April 1841 sandte Karl Marx seine Dissertation-Schrift per Post an eben diese Jenaer Universität ein, die ihm daraufhin postwendend nach Bezahlung der dort und damals üblichen zwölf preußischen Goldtaler den Dokortitel verlieh. So besserten sich damals an manchen Universitäten Professoren zum beiderseitigen Vorteil ihr Einkommen auf.

Die Goldtaler hatte Marx verständlicherweise noch nicht selbst erarbeiten können.

Hätte sich Marx persönlich nach Jena aufgemacht, um seine Arbeit zu verteidigen, wäre er eventuell mit Matthias J. Schleiden* zusammen gekommen. Der vertrat bereits 1838 den Gedanken, dass der Zellkern in pflanzlichen und tierischen Zellen in einer näheren Beziehung zur Entstehung der Zelle selbst stehen müsste.

Es kam leider nicht zum Treffen von Marx mit Schleiden. Marx blieb bis zum Erscheinen des ersten Bandes seines Hauptwerkes *Das Kapital* 1867 über die Bedeutung des Inhaltes lebender Zellen

unwissend. Bereits im Vorwort wird das unübersehbar deutlich. Er kündigt an, das ökonomische Bewegungsgesetz der modernen Gesellschaft zu enthüllen. Vorab wird aber schon als Grundlage seiner Analyse die Wertform einer Ware angekündigt, die „sehr inhaltlos und einfach“ sei. Und nicht nur das, es wird dafür die Körperzelle als Beispiel herangezogen. Anstatt die angebliche Inhaltslosigkeit der „ökonomischen Zellenform“ auch noch durch das Wörtchen „sehr“ zu steigern, wäre „scheinbar inhaltlos und einfach“ wohl die richtige Formulierung gewesen, aber das passte aus bestimmten Gründen nicht in sein Konzept.

Die sogar gesteigerte Inhaltslosigkeit einer Körperzelle ist kein kleiner Irrtum am Anfang seiner fast 800 Seiten umfassenden Kapitalismus-Analyse, sondern ein Täuschungstrick, um seinen grundsätzlich falschen Ansatz bei der Untersuchung zu vernebeln. Aber darauf ist der wortgewandte Ministerpräsident Thüringens selbstverständlich nicht eingegangen. Und so ist zu befürchten, dass, wenn die Jenaer sich weiterhin störrisch zeigen, demnächst eine Karl-Marx-Büste vor der Erfurter Universität stehen könnte.

Gerd-Peter Leube, Erfurt

* Zur Person:

Der hier erwähnte **Matthias Jacob Schleiden** (1804 bis 1881) war ein deutscher Wissenschaftler, der sich nach einem Jura-Studium und einer depressiven Lebensphase der Medizin und weiterhin der Pflanzenkunde zuwandte. Er promovierte im Fach Botanik und erhielt einen Lehrstuhl an der Universität Jena, hielt aber auch Vorträge in Livland (heutiges Lettland). Sein Spezialgebiet war die Erforschung der Zellen, wobei er die Erkenntnisse von Charles Darwin zugrundelegte.

Schleiden wurde zum Mitglied der Akademie Bayerns berufen. Später erhielten Straßen und Plätze in deutschen Städten seinen Namen. Zudem gibt es eine Pflanzengattung *Schleidenia*. (Fg/ Internet)

Die Westausdehnung der Kommunisten ist gescheitert!

Wagenknechts Sammelsurium „Aufstehen“ wird mit Achselzucken registriert

Die Gründung der linken Sammlungsbewegung „Aufstehen“ durch Sahra Wagenknecht ist, genau genommen, nichts anderes als eine Verzweiflungstat! Die Partei Die Linke, wie sie seit Sommer 2007 heißt, hat ihr Wählerreservoir von nunmehr zehn bis elf Prozent ausgeschöpft, mehr wird auch bei der nächsten Bundestagswahl 2021 nicht zu erwarten sein. Das heißt: Trotz mehrfacher Umbenennungen von SED über PDS bis zu Linkspartei und der Fusion mit Klaus Ernsts buntem Haufen ist die Westausdehnung der Kommunisten gescheitert! Sie ist nach wie vor eine Regionalpartei innerhalb der alten DDR-Grenzen, auch wenn ihre Vertreter im Deutschen Bundestag sitzen.

Nachdem nun, fast 30 Jahre nach dem Mauerfall, die alten SED-Kader innerhalb der Partei Die Linke zu Zehntausenden weggestorben sind, schmilzt der Mitgliederstamm dahin. Das hat Sahra Wagenknecht erkannt und versucht, Gleichgesinnte bei SPD und Grünen zu gewinnen. Dass das alles zum Scheitern verurteilt ist, weiß man aus der Parteigeschichte der KPD in der Weimarer Republik, man kann es aber auch an den Gesichtern der sechs Protagonisten in den Medien ablesen. *Dr. Jörg B. Bilke*

Bundesstiftung erfasst 7.000 Gedenkorte

☒ Im Rahmen des internationalen Dokumentationsprojektes „Erinnerungsorte für die Opfer kommunistischer Diktaturen“ hat die Bundesstiftung in den vergangenen Jahren über 7.000 Denkmäler, Museen und auch Gedenkstätten erfasst. Diese Orte erinnern an die Verbrechen, Massengräber und Tatorte oder die Menschen, die der totalitären Gewalt in kommunistisch beherrschten Ländern zum Opfer gefallen sind. Die Bundesstiftung hat 119 Orte in über 30 Ländern ausgewählt und im neuesten Band ihrer Publikationsreihe zu den Gedenkorten veröffentlicht. (Info gekürzt)

Soll Wahrheit nicht die Wahrheit bleiben, oder geht sie unter?

VOS-Mitglieder nehmen eine Einladung der AfD-Fraktion im Thüringer Landtag an

Nachdem nahezu alle Versuche zur Gesprächsaufnahme mit den Vertretern der eingesessenen großen Parteien gescheitert sind, erhielt nun die VOS-Bezirksgruppe Erfurt/ Gera eine Einladung der AfD-Fraktion im Thüringer Landtag. Das Gespräch drehte sich vornehmlich um Möglichkeiten zur Unterstützung der Bemühungen der SED-Opfer für bessere finanzielle Leistungen und eine umfassende aktive Aufarbeitung der sozialistischen Diktatur. Zugleich berichtete der AfD-Abgeordnete Stefan Möller (Foto: 3. V. r.) über die schwierige Situation seiner Partei im Verhältnis zu den Etablierten.

Erinnert sei in diesem Zusammenhang an die Missachtung, die in den vergangenen zwei Jahren durch das Kanzleramt und das Büro des Bundespräsidenten gegenüber den ehemaligen politischen Häftlingen des SED-Regimes zum Ausdruck kam. So wurde einem fast 90-jährigen VOS-Mitglied eine herablassende Belehrung zuteil, und das Amt des Bundespräsident beschied unseren Verband auf die Anfrage nach einem Gespräch, dass dies nicht möglich sei, denn nunmehr richteten viele Personen und Gruppen ein solches Ansinnen an den Bundespräsidenten.

Lesen Sie nachstehend, was Norbert Wagner, der die VOS-Delegation leitete, über das Gespräch mit dem Landtagsabgeordneten der AfD berichtet.

Liebe Kameradinnen und Kameraden, in unserer monatlichen Versammlung der Bezirksgruppe Erfurt kam die Frage auf: Wie vertreten die gewählten Vertreter im Thüringer Landtag die Interessen

unseres Opferverbandes VOS in Thüringen? Was ist aus den Zusagen und Versprechen geworden, die uns im vergangenen Landtagswahlkampf gemacht worden sind?

Daraufhin schrieben wir die Fraktionen von CDU und AfD im Thüringer Landtag an. Da uns von der Linken-Fraktion und den Grünen bereits im Vorfeld keine positiven Zusagen gemacht wurden, verzichteten die BZG Erfurt hier bewusst auf einen weiteren Kontakt. Auch von der SPD, die in Thüringen mit den Linken – der SED-Nachfolgeorganisation regiert – nahmen wir Abstand.

Nun setzten wir die Schreiben auf und baten um einen Termin im Landtag. Die AfD hat uns dann

fan Möller vertreten, der übrigens von Beruf Volljurist ist. Um es vorweg zu nehmen, es herrschte während des ganzen Gesprächs und bei der Erörterung sämtlicher Fragen eine angenehme Atmosphäre. Viele Sachverhalte, die wir dort erfuhr, waren wirklich erschreckend und erinnerten uns fatal an Vorgehensweisen in der früheren DDR, wo jeder, der eine andere Meinung vertrat, radikal verfolgt wurde. So ist z. B. auf einen Landtagsabgeordneten (es war nicht Björn Höcke) ein Anschlag verübt worden.

Kommt euch das, liebe Kameradinnen und Kameraden nicht aus alten Zeiten irgendwie bekannt vor? Wir dachten jedenfalls, ist es



sehr zeitnah einen Termin eingeräumt. Ich schrieb im Anschluss die CDU-Fraktion nochmals an, aber vergebens, es gab noch nicht einmal eine Absage bzw. ein Bestätigung des Eingangs unseres Schreibens. Da spürt man deutlich, die Zeit der Versprechen ist vorbei, es ist ja noch kein Wahlkampf in Thüringen.

Der Vorstand der Bezirksgruppe Erfurt der VOS besuchte dann im Thüringer Landtag die AfD-Fraktion. Wir wurden freundlich mit Kaffee und Plätzchen empfangen. Die Fraktion wurde von Herrn Ste-

fan wieder soweit? Und wir fragten uns, wofür haben wir hier 1989 gekämpft, wofür haben viele von uns gelitten?

Wir diskutierten gemeinsam über die Frage, wie die Erinnerung an die Verbrechen der DDR-Diktatur und das Gedenken an die Opfer wachgehalten werden können. Unter anderem sprachen wir über die vielfältigen Versuche auf Behördenebene, Berichte der Erlebnisgeneration zu entwerten, z. B. indem man auf fehlende Protokolle der Täter hinweist.

Fortsetzung → S. 9 oben

Herr Möller kündigte in diesem Zusammenhang die Unterstützung seiner Fraktion an. Er erläuterte die Sicht seiner Fraktion am Beispiel eines Antrags der CDU, die mit einer Zahlung an Thüringen aus dem Vermögen von ehemaligen DDR-Organisationen – es handelte sich immerhin um 30 Millionen Euro – unter anderem eine Stiftungsprofessur finanzieren wollte. „Gute Erinnerungs- und Rehabilitationspolitik muss lebendig sein. Von ihr müssen viele profitieren, nicht nur ein paar wenige Parteisoldaten der etablierten Politik, für die man mit Millionenbeträgen gut bezahlte Stellen schafft“, so Möller im Gespräch.

Er erläuterte an verständlichen Beispielen, wie sich die AfD-Fraktion des Thüringer Landtags für die Opfer des Stalinismus und der DDR-Diktatur einsetzt und somit dazu beiträgt, ihre Situation zu verbessern: „Wann immer die DDR im Thüringer Landtag thematisiert wird, tritt die AfD-Fraktion entschieden gegen die immer wieder erkennbare Verharmlosung dieses Staates auf“, hob Möller hervor.

Hierher gehört auch, dass sich die AfD-Fraktion für die Beibehaltung der Möglichkeit ausgesprochen hat, Abgeordnete, die ehemalige Stasi-Mitarbeiter sind, im Landtag für parlamentsunwürdig zu erklären. Auch setzt sich die AfD für den Erhalt der Thüringer Außenstellen der Stasi-Unterlagenbehörde in Gera, Erfurt und Suhl ein. Aktuell hat die AfD-Fraktion einen Alternativantrag zum Gedenken an dreißig Jahre Friedliche Revolution eingebracht. Die AfD will eine historische Aufarbeitung, bei der die Opfer von Besatzungsherrschaft, SED-Diktatur und Grenzregime besonders zu berücksichtigen sind.

Ebenso will sie die Frage in den Fokus der Öffentlichkeit gestellt sehen, wie mit dem Erbe der Friedlichen Revolution heute umgegangen wird. Angesichts von deutlichen Tendenzen, dass heute wieder Verhältnisse einzuziehen drohen, die denen in der DDR nicht unähnlich sind, ist eine entsprechende Debatte unentbehrlich.

Die AfD-Fraktion befürchtet, dass die Regierungsparteien und die CDU die Friedliche Revolution zunehmend „musealisieren“ wollen, anstatt ihr Erbe weiterzutragen, und dies darf – denkt man an die vielen Schicksale, die sich mit dem SED-Unrecht verbinden – keinesfalls geschehen.

Wir brachten noch weitere Anliegen vor, z. B. dass die Geschichtsdarstellung vielerorts falsch ist oder Halbwahrheiten verbreitet werden. Wir erleben es oft, dass wir die Begründung zu hören bekommen: „Wir wollen nicht, dass die Menschen geschockt aus einer Gedenkstätte gewiesen werden.“ Soll Wahrheit nicht die Wahrheit bleiben? Oder soll es so sein, wie es schon George Santiyana sagte: Wer aus der Geschichte nicht lernt, ist dazu verdammt, sie zu wiederholen!

*Mit kameradschaftlichen Grüßen
Norbert Wagner, Vorsitzender VOS- BZG
Erfurt und Gera*

Foto von rechts nach links: Alexander Reichenbach, Norbert Wagner, Stefan Möller (AfD-Landtagsfraktion Thüringen), Mathias Katze, Jaqueline Herrmann, Michael Weichert (alle) VOS Erfurt.

Foto © VOS/Erfurt/ Norbert Wagner

Die AfD – das andere Gesicht?

Wer Geschichte leugnet oder verfälscht, schadet sich und der Wahrheit

In einem Leserbrief an eine hier namentlich nicht genannte Zeitzeugin wirft einer unserer profiliertesten Fg-Mitautoren Fragen auf, die wiederum kein gutes Licht auf die Führung der AfD werfen.

Bitte lesen Sie den nachstehenden Beitrag.

Liebe ... , da Sie in der PAZ immer über Berliner Themen schreiben, möchte ich Sie (aber das wissen Sie längst) auf die Vorfälle im KZ Sachsenhausen (Gedenkstätte) vom Juli aufmerksam machen, um die sich jetzt die Staatsanwaltschaft Neuruppin kümmert.

Da ist eine Gruppe von AfD-Leuten vom Bodensee, aus dem Wahlkreis von Alice Weidel, in Berlin gewesen und hat ihre Abgeordnete besucht. Am Tag darauf besuchte sie Sachsenhausen am 10. Juli, wobei während der Führung alle Scheußlichkeiten bestritten wurden, die in KZs passiert sind, bis hin zu den Vergasungen der Juden 1943/45.

Die Gruppe wurde dann der Gedenkstätte verwiesen.

Mich beunruhigt das sehr, weil vermutlich dann auch bestritten wird, was Erich Loest in Bautzen II, Siegmund Faust in Cottbus und ich in Waldheim erlebt habe. Zumal schon AfD-Leute in die Häftlingsverbände eingedrungen sind.

Mit herzlichem Gruß, Dr. Jörg B. Bilke

„Entdecken, was uns verbindet“

Tag des offenen Denkmals in der Gedenkstätte Bautzen und anderen Städten im September

Die Gedenkstätte Bautzen lud zum Tag des offenen Denkmals am Sonntag, den 9. September 2018 ein.

Der Tag des offenen Denkmals stand in diesem Jahr unter dem Motto „Entdecken, was uns verbindet“. Denkmäler, historische Orte und Museen sind immer Zeugnisse sozialer Beziehungen. Sie stehen in Wechselwirkung zu ihren Besuchern und deren Geschichte: Wo haben die Bautzener Gefängnisse Spuren hinterlassen? Was verbindet die Gesellschaft mit der Geschichte der Gefängnisse und ihrer Gefangenen? Wie wirkten sich bestimmte Ereignisse wie zum Beispiel Gefangenenaufstände oder Ausbrüche in der Region aus?

In Zeitzeugenführungen und -gespräche von ehemaligen politischen Gefangenen – in diesem Fall der Bautzener Haftanstalten – getragen von Berichten ihrer individuellen politischen Verfolgung und Inhaftierung, die immer auch eine Geschichte der gesamten Gesellschaft ist, sind dabei einmalige Zeugnisse der Vermittlung von geschichtlichen Erfahrungen. Geführte Rundgänge gehören dabei zur Geschichte des „Gelben Elends“ als sowjetisches Speziallager Bautzen sowie die Stasi- Sonderhaftanstalt Bautzen II. Weitere Führungen durch die von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der OSTKREUZ Agentur der Fotografen herausgegebene Sonderausstellung „Voll der Osten. Leben in der DDR“ erklären ein Übriges. Der Sächsische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Lutz Rathenow informierte in der Gedenkstätte über seine Arbeit und berät zu Fragen der Rehabilitierung von SED-Unrecht.

Berichte über weitere Denkmäler → S. 10 oben

Für den Tag des offenen Denkmals 2018 luden bundesweit auch viele andere Gedenkstätten, Museen und geschichtlich bedeutende zu kostenlosen Besichtigungen und interessanten Sonderführungen unter dem Motto „Entdecken, was uns verbindet“ am 9. September, in Berlin sogar am gesamten Wochenende 8. und 9. September, ein.

Drei Sonderführungen – am Samstag und am Sonntag – wurden über Günter Litfin in der Kieler Straße im Lapidarium der Gedenkstätte Berliner Mauer, die normalerweise nicht öffentlich zugänglich ist, angeboten. Dabei ging es um die Tragik der Geschichte Günter Litfins, der als erstes Todesopfer an der Berliner Mauer gilt, das durch Schüsse der Grenzposten umgebracht wurde. Der einstige Wachturm der DDR-Grenztruppen am Kieler Eck dient als Erinnerungsort, der seine Existenz dem jahrzehntelangen Engagement von Günter Litfins Bruder, Jürgen Litfin, verdankt.

Jürgen Litfin hatte die ehemalige Führungsstelle in der Zeit nach dem Mauerfall vor Verfall und absichtlichem Abriss bewahrt. Zudem werden im Rahmen der Sonderführungen anhand des historischen Ortes die Funktionsweise, der Aufbau und die Organisation des DDR-Grenzregimes erläutert. Informationen zur Gedenkstätte Günter Litfin finden sich im Internet unter <https://gedenkstaette-guenter-litfin.de>.

Auch die Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde kündigte ihre Beteiligung für den Tag des offenen Denkmals mit einem Infostand und einem Medienterminal am 8. und 9. September auf dem Gelände des ehemaligen Flughafens Tempelhof an. Dort zeigt die Stiftung Topographie des Terrors derzeit die Ausstellung „Ein weites Feld. Der Flughafen Tempelhof und seine Geschichte“.

Einem speziellen Aspekt der Flughafengeschichte ist der Medienterminal gewidmet: „Flucht aus der DDR – über Tempelhof in den Westen“. Rund 1,35 Millionen Menschen aus der DDR und Ost-Berlin passierten zwischen 1953 und 1990 das Notaufnahmelager Marienfelde, um eine Aufenthaltserlaubnis für die Bundesrepublik und West-Berlin zu erhalten. Die Mehrzahl von ihnen wurde auf die Bundesländer verteilt und von Tempelhof aus ausgeflogen. Film- und Fotoaufnahmen bieten Einblicke in das Leben in den Notunterkünften, das Registrierungsverfahren für Geflüchtete aus der DDR, schließlich ihren Transport nach Tempelhof und ihren Aufbruch in ein neues Leben.

Zu denen, die den Weg in den Westen nahmen, gehören auch VOS-Mitglieder. Sie gelangten aus der Haft in der U-Haftanstalt Karl-Marx-Stadt mit Bussen nach Gießen in das zentrale Aufnahmelager. Wer die Absicht hatte, nach West-Berlin zu gehen, erhielt ein Flugticket und wurde von Frankfurt nach Berlin-Tegel befördert. Für manchen DDR-Bürger war dies der erste Flug im Leben, den er hinreichend genoss.

Der Tag des offenen Denkmals ist mehr denn je vonnöten. Sicher wird dieses Land von rechtsgerichteten Gewalttaten heimgesucht. Aber was ist mit dem linken Terror? Ist der G7-Straßenkrieg von Hamburg vergessen? Demjenigen, der zu Schaden kommt, kann es letztlich egal sein, ob der Messerstich oder der Steinwurf von einer sozialistischen oder faschistischen Hand geführt wurde oder ob die Schaufensterscheibe von

Nazis oder Linksextremen zertrümmert worden ist. Und dass man in den Talk Shows unserer Fernsehanstalten über die keineswegs verheißungsvollen Perspektiven unseres Rechtsstaats und der Demokratie großartig und erhaben diskutiert, wird uns nicht helfen, solange wir auf dem linken Auge blind bleiben.

Das Lapidarium in der Bernauer Straße 119 wird wegen der Vielzahl der Baumaßnahmen sicher nicht so bald für weitere Besuche freigegeben. Immerhin sind dort zahlreiche bauliche Objekte bzw. ehemalige Grenzelemente gelagert, die perspektivisch gesehen wichtig für den Beleg der mörderischen Ausstattung des „Antifaschistischen Schutzwall“ sein dürften. Die eingelagerten Ausstellungsstücke veranschaulichen unwiderlegbar, wie intensiv das SED-Regime von 1961 bis 1989 um die stetige Perfektion der Grenzanlagen bemüht war.

Eines lehrt der Tag des offenen Denkmals auf jeden Fall: Der Besuch von Gedenkstätten, die Aufmerksamkeit für Zeitzeugen-Vorträge, das ist das, was wir wahrnehmen und unseren Nächsten und Übernächsten empfehlen und ihnen nahebringen sollten. Vielleicht wäre es demnach sinnvoll, diese Tage des offenen Denkmals häufiger zu organisieren. Einmal pro Quartal? Das Interesse, das besteht, würde eine solche Entscheidung ganz gewiss rechtfertigen.

Infos im Internet (Auswahl):

www.stiftung-berliner-mauer.de

www.berliner-mauer-gedenkstaette.de

www.notaufnahmelager-berlin.de

Mobiler Tourguide: www.berliner-mauer.mobi

Und natürlich die Web-Seiten des Sächsischen und Berliner Landesbeauftragten, dessen Behörden eng mit der VOS kooperieren.

LStU Sachsen/ Gedenkstätten Bautzen/ presse@stiftung-berliner-mauer / Fritz Schüler (VOS), Fg

Günter Litfin – wer war das?

Die Kurz-Information

Günter Litfin wurde 1937 als Sohn eines Berliner Fleischermeisters geboren, dessen Geschäft sich im Ostteil der Stadt befand. Günter Litfin wurde elf Tage nach dem Mauerbau als erstes Todesopfer an der Berliner Mauer bei einem Fluchtversuch im Humboldthafen erschossen. Er gehörte zu jenen Menschen, die vorhatten, die DDR in Kürze zu verlassen und durch den Mauerbau am 13. August 1961 nicht mehr frei über ihren Wohnsitz entscheiden konnten. Litfin hatte zuvor eine Lehre als Schneider absolviert und im Westteil Berlins eine Wohnung gemietet. Wäre die Mauer einige Tage später errichtet worden, wäre er geflüchtet und kaum jemand hätte später seinen Namen gekannt.

In der DDR wurde er, nachdem sein Schicksal bekanntgeworden war, in der Presse als „kriminell“ und „finster“ verunglimpft. Nach dem Todesschuss nahm sich das MfS auch seinen Bruder Jürgen vor und bezichtigte ihn der Mitwisserschaft und Fluchtvorbereitung. Man konnte ihm jedoch nichts beweisen.

Nach dem Mauerfall wurden die Akten einsehbar und man stieß auf den Namen des Schützen. Dieser wurde 1997 vom Berliner Landgericht wegen „Totschlags“ zu eineinhalb Jahren Haft verurteilt, die er jedoch nicht im Vollzug verbüßen musste, da sie zur Bewährung ausgesetzt wurden.

Hugo Diederich

Geboren im Zuchthaus Hoheneck, gelitten im gläsernen Sarg, viel zu früh gestorben im freiwilligen Exil in Schweden

Der Widerständler und Autor Ulrich Schacht starb überraschend am 16. September 2018

Er war einer von uns, einer von den einstigen DDR-Häftlingen, die den Untergang des SED-Staates überlebt und aufgeschrieben hatten, was ihnen zugestoßen war!

Ich bin Ulrich Schacht im Herbst 1979 in Schnakenburg an der Elbe auf einer Tagung über DDR-Literatur begegnet. Er war hochgewachsen, freundlich und voller Lebenslust, und er schrieb herrliche Gedichte, nicht auf der Höhe Georg Trakls oder Paul Celans, aber eine Stufe darunter. Seine leidvolle DDR-Vergangenheit war ihm nicht anzusehen, aber wenn man sein Schicksal kannte, staunte man, dass er nicht daran zerbrochen war. Sein Vater war ein sowjetrussischer Offizier, in Mecklenburg stationiert, der 1950 mit seiner Mutter Wendelgard nach Westdeutschland fliehen wollte, weil die Besatzungsmacht die Eheschließung verboten hatte. Der Fluchtplan wurde verraten, der Vater wurde nach Sibirien verbannt, die Mutter bekam zehn Jahre Freiheitsentzug, wofür, das blieb unklar. Sie verbüßte die Haft im Zuchthaus Hoheneck in Stollberg/Erzgebirge. Dort wurde Ulrich am 9. März 1951 geboren.

Wochen nach seiner Geburt, es war ein geradezu grausamer Vorgang, wurde den Frauen in Hoheneck, die Mütter geworden waren, die Kinder weggenommen. Ulrich wurde dann in ein Kinderheim der „Volkspolizei“ in Chemnitz verbracht, später durfte ihn seine Wismarer Großmutter zu sich nehmen. In seinem Buch „Vereister Sommer“ (2011) hat er das Schicksal seiner Eltern beschrieben und wie er seinen Vater schließlich in Moskau gefunden hat.

Ein Vierteljahrhundert zuvor schon hat er das Zuchthaus Hoheneck, den Ort seiner Geburt, noch zu DDR-Zeiten auf eindrucksvolle Weise in die Erinnerung zurückgerufen mit dem Buch „Hohenecker Protokolle“ (1984), worin er elf Frauen, darunter seine Mutter und seine erste Ehefrau Carola, nach ihren Schicksalen befragte.

Nach einer Bäckerlehre und der Sonderreifeprüfung studierte Ulrich Schacht Theologie in Rostock und Erfurt, dann wurde er, mitten im Studium 1973, wegen „staatsfeindlicher Hetze“ verhaftet und zu sieben Jahren verurteilt und ins berühmte Zuchthaus Brandenburg verbracht, von wo er 1976 freigekauft wurde. Anschließend studierte er in Hamburg Politische Wissenschaften und Philosophie, ohne freilich das Studium abzuschließen, da er in Bonn Redakteur der „Welt“ und später in Hamburg Redakteur der „Welt am Sonntag“ wurde. 1997 zog er, Deutschlands überdrüssig, nach Schweden, wo ich ihn 2008 besuchte.

Ich kann mich noch erinnern, wie er 1984 ans Rednerpult des Schriftstellerkongresses in Saarbrücken trat, wo DDR-Sympathisant Bernt Engelmann Regie führte, und Ulrich Schacht seinen außergewöhnlichen Lebenslauf vortrug, den niemand zur Kenntnis nehmen wollte, nur Heinrich Böll kam zu ihm und sprach ihm Mut zu.

Jahre später erzählte er mir, wie er in Hamburg an einer Lesung Christa Wolfs teilgenommen hätte, noch vor dem Mauerfall 1989. Die Stimmung wäre politisch aufgeheizt gewesen, es wäre nicht ratsam gewesen, in der Diskussion die DDR zu kritisieren. Danach begleitete er Christa Wolf ins Hotel und erzählte ihr seine Geschichte. Sie hätte aufmerksam zugehört, berichtete er, und sei entsetzt gewesen darüber, was sie da zu hören bekommen hätte.

*Jörg Bernhard Bilke Coburg
20. September 2018*

Die VOS bedauert den frühen Tod des ehemaligen politischen Häftlings Ulrich Schacht zutiefst und übermittelt den Hinterbliebenen ihr Beileid. Obwohl kein Mitglied in unserem Verband, haben wir einen wichtigen Mitstreiter für die Aufarbeitung des SED-Unrechts verloren.

**Bundesvorstand, Redakteur,
Bundeschäftsführer**

Haben wir hier wieder einmal eine gute Chance vertan?

Das umstrittene Projekt einer künstlichen DDR ist gescheitert – auch ohne VOS-Protest

Das geschichtsvergessene, instinkt- und geschmacklose Mauer- *Kunstprojekt* DAU ist gottlob gescheitert! Doch nicht aus politischen, moralischen bzw. Gründen des Respekts vor den Mauertoten, sondern aus rein verwaltungstechnischen Überlegungen des Berliner Senats. Was für ein peinliches Bild seitens der Initiatoren und der dafür Verantwortlichen im Berliner Senat einschließlich der Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU), die dieses Disney-Projekt sehr gern verwirklicht gesehen haben wollten!

Der Berlin-Marathon und ausge-rechnet die Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit (wie grotesk!) haben es also verhindert.

Natürlich gab es auch Protest gegen diese aberwitzige Idee. Seitens der Journalistin Lea Rosh, der Initiatorin des Berliner Holocaust-Denkmal. Und von der UOKG sowie einigen Berliner Künstlern.

Doch weshalb nicht seitens der VOS? Diese Frage muss ich an dieser Stelle ganz eindringlich an den Bundesvorstand und jedes einzelne Mitglied stellen. Warum nicht bei einer derartig beleidigenden Aktion gegenüber Mauer- und SED- Opfern, der Ur-VOS-Klientel durch fragwürdige Verharmlosungsaktionen- *Künstler* seitens unseres Verbandes etwas unternommen wurde?

Wieder eine Chance vertan, wohl ebenso wie diejenige unlängst am Tag der Offenen Tür des Deutschen Bundestages, wo auch der Petitionsausschuss öffentlich Rede und Antwort stand, wohl auch zum Stand unserer Fremdreten- Petition, sofern ein VOS-Vertreter vor Ort gewesen wäre...

Fazit: Wenn wir uns nicht besser bemerkbar machen in der politischen Öffentlichkeit, verspielen wir sehr bald unsere letzten Einflussmöglichkeiten zur Durchsetzung unserer Ziele!

In diesem Sinne verbleibt mit kameradschaftlichen Grüßen von der Basis aus NRW

Felix Heinz Holtschke

Eine Familienzusammenführung, die fast zweistellig geworden ist

Siegmar Faust aus Berlin erfreut sich großer Solidarität und lässt sich nicht unterkriegen

(Fg/B.Th) Seit etwa einem Jahr ist unser Kamerad Siegmar Faust zusehends in die Schlagzeilen geraten, da er sich mit Äußerungen in die Öffentlichkeit gewagt hat, die erstens dem politischen Mainstream widerstreben und die zweitens – teils vielleicht willentlich – nicht als das gedacht waren, als das sie dargestellt wurden: als eigene Meinung.

Man weiß längst, was mit Menschen des öffentlichen Spektrums – um einen solchen handelt es sich bei Siegmar Faust – geschieht, die sich öffentlich eine Meinung leisten, die unerwünscht ist. Natürlich, es ist nicht wie in der DDR, wo man sechs Jahre Z. bekam, wenn man sich erdreistete, die Wahrheit auszusprechen oder niederzuschreiben. Uns schützt das Gesetz. Es schützt uns vor der Haft. Leider schützt es uns nicht vor Diskriminierungen, welcher Art – Medienschelte, Beschimpfungen, Drohungen, Job-Verlust – diese auch sein mögen.

Siegmar Faust durfte das nun erfahren, und es muss an dieser Stelle nicht im Detail aufgeführt werden. Er wurde fallengelassen, und das von vielen, die sich Mitsstreiter oder Freunde nannten. Nun, er ist kein Präsident beim Verfassungsschutz, um dessen Wohlergehen sich viele Gemüter (der Ausdruck wird hier absichtlich benutzt) gesorgt haben. Aber Siegmar Faust ist jemand, der viel getan was, was überhaupt nicht mit Eigennutz zu tun hatte. Er hat mehrfach Großveranstaltungen in die Wege geleitet, bei denen die DDR-Opfer der zweiten Reihe Beachtung und ein wenig Honorar bekamen, er hat sich solidarisch gezeigt, wenn andere im Dreck steckten, und er hat sich mit Kraft und Leidenschaft dafür eingesetzt, dass das Unrecht aus DDR und SBZ, mit dessen Berichterstattung mittlerweile die Fernsehkanäle ihre Programm-Marathons im öden Serienstil bestücken, in Erinnerung bleibt. Er hat das alles bereits vor dem Mauerfall getan, als man uns Opfer brauchte, damit wir unter der poltischen Oberfläche ein Netz zur Bekämpfung von MfS und Politbüro flechten sollten, während die westlichen Politiker als Saubermänner auftreten konnten. Dies geschah zu Spottpreisen und nicht mal mit einer soliden Beitragsleistung für eine annehmbare Rentenvorsorge. Und niemand weiß, ob ihm nicht – ähnlich wie seinerzeit Jürgen Fuchs – mit heimtückischen Maßnahmen zugesetzt wurde, um seine Gesundheit zu ruinieren.

Und nicht zuletzt: Jahre seines Lebens sind für den Widerstand und das Leiden im SED-Staat dahingegangen, wozu auch gehörte, sich eine eigene Meinung zu leisten. Nun leistet sich dieser von seinen Freunden immer noch hochgeschätzte Kamerad erneut eine eigene Meinung. Mag sie richtig sein oder falsch, falls man denn eine eigene Meinung wirklich als falsch oder richtig werten kann. Siegmar Faust ist dessen ungeachtet noch immer Siegmar Faust – ein Kamerad und ein Freund. Er hat es nicht verdient, dass man ihn fallen lässt oder über seine Äußerungen lästert oder (bzw.) ihn ausgrenzt. Seitens der VOS darf und wird das nicht geschehen. Wer die Lebensgeschichte von Siegmar Faust nicht kennt, der kann sie in der nachstehenden „Kurzfassung“ nachlesen. Sie endet mit dem Entschluss, dass sich Kamerad Faust wieder verstärkt der Schriftstellerei zuwenden will. Es ist nicht der schlechteste Gedanke.

*Liebe Kameradinnen und Kameraden,
liebe Freundinnen und Freunde,*

wie ihr wisst, bin ich ja kein astreiner Bio-Deutscher. Mein Vater war als gefangener Zypriot in englischer Uniform in das Elbtalwerk Heidenau (nahe Dresden) gekommen, wo meine damals 18- bis 19-jährige Mutter als Technische Zeichnerin arbeitete.

Obwohl mein Vater schon verheiratet war und einen Sohn hatte, ließ sich meine leichtsinnige Mutter mit ihm ein. Wäre es herausgekommen, wäre sie zumindest in einem KZ gelandet. Andererseits habe ich Adolf Hitler und seinem Irrsinn mein Leben zu verdanken,

denn ohne den Krieg wäre ich ja nie zustande gekommen. Also, immer Vorsicht vor zu linearen Geschichtsdeutungen!

Nun, nach 73 Jahren gab es eine freudige Überraschung, die

ich sowohl meinem zweiten Sohn Mario als auch dem Zufall zu verdanken habe. Mir gelang es zwar nicht, meinen Vater – wie unser Großkomtur den seinen fand – nach vielen Jahren zu begegnen, denn er starb bereits 2006 als 88-Jähriger, obwohl ich schon 1995 mit Anne-Sophie das erste Mal auf der Insel war. Doch er hatte seinen Kindern nach dem Tod seiner Frau mittgeteilt, dass es mich in Sachsen gibt.

So kam es kürzlich zu einer Begegnung mit drei Schwestern und fünf Brüdern, ein sechster wohnt in Österreich, mit dem ich schon telefonierte. Mein Vater hinterließ also mit mir zehn Kinder, woraus jede Menge Enkelkinder hervorgingen, so dass es zweimal zu Begegnungen in großem Umfang und Stil kam.

Eigentlich haben meine Geschwister bis 1974, also bis zum Überfall der Türken auf Zypern, in der nördlichen Hafenstadt Kyrenia gewohnt. Sie mussten fliehen und alles stehen und liegenlassen. Jetzt leben sie in der Hafenstadt Limassol oder in der umliegenden Region im Süden der Insel.

Zum Glück habe ich durch die nicht enden wollende Zeitungskampagne, die die meisten von euch ja mitbekommen haben, endlich wieder viel mehr Zeit gewonnen, auch wenn das Geld nun noch knapper wird. Aber ich kann endlich wieder meiner Berufung nachgehen und schreiben ...

Gott weiß schon, was mir guttut.

In dem Sinne ein fröhliches „Grüß Gott!“ aus Berlin,
Euer Siegmar Constantinou (Faust), Foto © S.Faust

Anm.: Der Redakteur dankt im Namen der Leserinnen und Leser für diesen gut gelaunten Beitrag.



Dies war ein schwerer Schlag ins Kontor der SED-Machthaber

Mit dem Ballon in die Freiheit. Wie ein solches Vorhaben gelang und wie sich das MfS wehrte

Viele werden sich daran erinnern, dass am 16. September 1979 durch die West-Medien die Mitteilung verbreitet wurde, in den Morgenstunden dieses Tages sei gegen 3.00 Uhr zwei Familien aus Pößneck in Thüringen mit insgesamt acht Personen die Flucht mit einem selbst gebauten Ballon über die Staatsgrenze der DDR nach Bayern gelungen.

Die Berichte zu diesem Ereignis gingen um die Welt, zumal es sich um eine der spektakulärsten Fluchten von Ost nach West überhaupt handelte. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an das Buch und den Film „Mit dem Wind nach Westen“, das in der US-amerikanischen Fassung des Star-Regisseurs Delbert Mann „Night crossing“ hieß.

Aber auch die Eheleute Doris und Peter Strelczyk verfassten das Buch „Schicksal Ballonflucht – der lange Arm der Stasi“. Viele aufrechte Menschen im Osten waren begeistert, dass es diese acht Menschen geschafft hatten, unbeschadet aus dem SED-Staat in die Freiheit zu gelangen. Diese mutigen Leute hatten unsere volle und uneingeschränkte Sympathie.

Diese Aktion war ein schwerer Schlag ins Kontor der SED-Machthaber. 50.000 Grenzsoldaten, tausende von MfS-Angehörigen an der Grenze, zehntausende Stasi- und Polizeispitzel im KI der Volkspolizei, Grenzhelfer und viele partei- und linientreue Kräfte konnten diese spektakuläre Flucht nicht verhindern. Die unmenschliche Grenze der Kommunisten war also doch überwindbar, und das machte vielen Zurückbleibenden Kraft und Mut.

Die Sicherheitskräfte der DDR hatten nun damit zu tun aufzuklären, wer unter Umständen der nächste Kandidat für eine solche Flucht sein könnte. Und das sah nach Überlieferung der MfS-Akten so aus:

- Verstärkte Sicherung des grenznahen Gebiets, d. h. ca. 5 bis 10 km vor der Grenze auf DDR-Gebiet. Teilweise wurden es sogar 20 km. Zur

Mauer nach West-Berlin waren 2 bis 10 km vorgegeben.

- Ermittlung, wo im vorgenannten Gebiet geeignete Startplätze für die Wiederholung eines solchen Unternehmens liegen könnten.

Flucht = Geschichten

- Überprüfung der speziellen Geschäfte, die die Materialien für den Ballonbau führten, inklusive der notwendigen Hilfsmittel und weiterer Bestandteile.
- Kontrolle der Büchereien nach spezieller Lektüre zur Anleitung für den Ballonbau usw. und vor allem, welche Personen sich derartige Bücher ausgeliehen hatten. Dies war auch ein Indiz dafür, dass sich in fast allen Bibliotheken Spitzel von MfS und Volkspolizei aufhielten.
- Einbeziehung der Grenztruppen, der Volkspolizei, der Inoffiziellen Mitarbeiter, der Jagdkollektive, der Förster, Forstarbeiter, der linientreuen Genossenschaftsbauern usw. in die vorsorgliche Suche und Kontrolle.

Nicht wenige Mitarbeiter der staatlichen Forstwirtschaftsbetriebe arbeiteten als Spitzel für das MfS und die Volkspolizei. Alle etwaigen Auffälligkeiten waren zu melden. Aber wie im SED-Spitzelstaat üblich, war dies längst nicht alles, man forschte auch intensiv und hemmungslos bis in die Privatsphären der Familien, Paare und Singles.

Einige diesbezügliche Kriterien waren:

- Das plötzliche Verwehren des Zutritts für Kinder, Nachbarn, Bekannte und Freunde zu den Räumen des Wohngebäudes, wozu auch Keller, Dachböden, Schuppen oder Garagen zählten. Konnte es doch sein, dass etwas Staatsgefährdendes, das

nicht auszuschließen war, vorbereitet wurde.

- Einbau neuer Schlösser ohne erkennbare Gründe
- Unbegründet auftretende Angst oder Unsicherheit verbunden mit dem ständigen Beobachten des Fahrzeug- und Personenverkehrs vor dem Wohnhaus.

Die Vertrauliche Verschlussache (VVS) vom 12. April 1983 mit Nr. 0107 1572/83 des MfS:

- Information über Erkenntnisse zur Verhinderung von Angriffen gegen die Staatsgrenze mittels Ballon

Dies gab einen ersten Überblick zu den Erkenntnissen über Versuche an beteiligten Fluchten mittels Ballon, die, wie es scheint, alle aufgegeben sein dürften.

Folgende Vorhaben waren in diesem Zusammenhang bereits bekannt:

- In einem Fall wollte man sich mittels Karabinerhaken an einen Ballon einhängen.
- Ein Bürger kaufte 400 Kg Chemikalien, um daraus selbst ein leichtes Gas für die Ballonhülle herzustellen.
- In einem Fall wurden ratenweise über 500 qm Gitterfolie bei einer BHG (Bäuerliche Handelsgenossenschaft – d. Red.) gekauft, die mit Scheck bezahlt wurden.
- Eine Person hatte in sechs Tagen einen Gasballon hergestellt.
- In zwei Fällen hätte man lediglich ein Gurtzeug benutzt, um sich in das die Ballonhülle umspannende Netz einzuhängen (ähnlich dem Gleitprinzip beim Fallschirm).
- In einem Fall wurde das Zuschneiden und Nähen der Bahnen sogar in einer Zweiraumwohnung durchgeführt.
- In einem weiteren Fall sollte der Start ca. 40 km entfernt von der Grenze erfolgen und dabei die Möglichkeit der Gasentnahme aus einer Ferngasleitung genutzt werden. → S. 14 oben

- In zwei weiteren Fällen war der Start von einem Hochhaus unmittelbar an der Grenze beabsichtigt gewesen.

Beim vorgenannten Personenkreis handelt es sich um Personen mit und ohne West-Kontakte, Mitglieder oder Funktionäre von Parteien und Organisationen, mehrfach ausgezeichnete gute und zuverlässige Facharbeiter, Ausreisewillige und um unauffällige, bisher nicht erfasste Personen. So der Jargon der MfS-Mitteilung.

Am 27. Dezember 1983 wurde die Information über bekannte Startpläne für das Ballonvorhaben VVS MfS 0008-1854/83 herausgegeben. Es handelt sich um Standorte, die seit 1979 ausgewählt worden waren bzw. die man in Erwägung gezogen hatte. Genauere Angaben über die mögliche Anzahl weiterer Versuche liegen jedoch nicht vor. Diese Standorte treffen auch teilweise für den Start mit anderen Flugkörpern, z. B. Drachensegler, zu. Nach Besuchen aufgeführt handelt es sich um folgende Orte:

- Potsdam: Oranienburg Falkensee, Velten, nördliches Gebiet um Potsdam bis Nähe Falkensee, Fahrland, Seeburg.
- Rostock: westlich von Grevesmühlen
- Schwerin: Meselow
- Magdeburg: zwischen Salzwedel und Arendsee, Diesdorf, Kaltfelde, Erxleben, Vechenstedt, Wernigerode, Hasselfelde, Königshütte
- Erfurt: Netzfelder, Ilfeld, Treha bis Wolfleben, Heiligenstadt
- Suhl: Frauensee, Springen, Völkeshausen, Dernbach, Themar, Sonneberg, Haselbach, Reichmannsdorf, Lauscha, Herges-Hallenberg, Viernau
- Gera: Unterwellenborn, Oberlemnitz, Heinersdorf, Harra, Unterlemnitz
- Karl-Markkleeberg-Stadt: südwestliches Oelsnitz, Bad Brambach.

Reinhard Köhler

Anm.: Vom Verfasser des vorstehenden Beitrags liegen weitere Texte vor, die in den nächsten Ausgaben berücksichtigt werden.

Neuer Fraktionsvorsitzender der Union im Bundestag VOS-Gruppe gratuliert

Anlässlich der etwas überraschenden Wahl des Abgeordneten aus Rheda-Wiedenbrück Ralph Brinkhaus zum Fraktionsvorsitzenden im Bundestag übermittelt die VOS nachfolgendes Glückwunschsreiben:

Sehr geehrter Herr Brinkhaus, als Gütersloher ist es mir eine ganz besondere Freude, Ihnen zu Ihrem grandiosen Erfolg auf der Berliner Bühne gratulieren zu können. Ich wünsche Ihnen bei Ihrem Wirken für unser Land Kraft und Fortune! Wir können beides brauchen.

Am 20. August 2016 durfte ich Sie bei einer Veranstaltung in meiner Eigenschaft als Vorsitzender der VOS-Bezirksgruppe Detmold / Münster (Vereinigung der Opfer des Stalinismus) persönlich kennenlernen. Das Gespräch ist mir in bester Erinnerung geblieben.

Ich habe Ihnen damals die vordringlichsten Forderungen der ehemaligen Kämpfer gegen das kommunistische System in DDR und SBZ vorgetragen:

- Stichwort „Rentenunrecht“ Keine Anwendung des Fremdretengegesetzes),
- teilweise Beweislastumkehr bei medizinischer Begutachtung,
- Verbesserung der Leistung nach § 17 a StrRehaG und Dynamisierung,
- Abschaffung der Bedürftigkeitsprüfung bei der sogenannte „Opferrente“ u. a.

Leider hat es hier trotz großzügiger Leistungsverbesserungen für andere Personengruppen keinen Fortschritt für die Betroffenen gegeben. Bitte verlieren Sie unsere Anliegen trotz der vielen anderen drängenden Probleme nicht aus dem Blick und tragen Sie diese auch der Bundeskanzlerin vor! Für viele, gerade ältere Menschen hängt von diesen Leistungen ihr Verständnis von Recht und Zusammenhalt in unserer Gesellschaft ab.

Mit besten Wünschen für Ihr Wirken als Fraktionsvorsitzender und freundlichen Grüßen

Bernd Pieper

Positives und Kritisches wird dargelegt

Brandenburger Forum zieht Bilanz eines Geschäftsjahres

Seinen Bericht zum abgelaufenen Geschäftsjahr stellte das in Potsdam ansässige Forum zur kritischen Auseinandersetzung mit DDR-Geschichte im Land Brandenburg e.V. vor. Darin werden mehrere Themen angesprochen, die sich mit denen der VOS decken. So heißt es:

In den vergangenen Monaten hat sich das FORUM auch zu einigen Brandenburger „Auffälligkeiten“ geäußert. So gratulierte der Ministerpräsident Brandenburgs verschiedenen SED-Systemträgern wie z. B. Hans Modrow (frühere hoher SED-Funktionär) öffentlich zu Jubiläen, verzichtete dagegen beim Ableben des ehemaligen GSG-9-Chefs Ulrich Wegener auf eine öffentliche Form der Würdigung.

Wegener ging durch die Rettung von über 90 Geiseln der RAF-Terroristen als „Held von Mogadischu“ 1977 in die Geschichte ein.

Unsere vom Tagesspiegel dazu wiedergegebene Pressemitteilung hat in der Staatskanzlei zumindest so viel Beachtung gefunden.

Der in Jüterbog gebürtige Brandenburger saß 1951 wegen einer Flugblattaktion gegen die undemokratischen DDR-Wahlen 18 Monate in STASI-Haft. Er gehört damit zu den Widerständlern gegen die erst Jahrzehnte später überwundene SED-Diktatur.

Zum Amtswechsel der Landesbeauftragten hatte das FORUM bereits beim Bundeskongress der Landesbeauftragten 2017 in Magdeburg Ulrike Poppe für ihren engagierten Einsatz für die verschiedenen Opfergruppen und Ihrem Interesse auch an unserer Aufarbeitungsinitiative gedankt.

Die ersten Begegnungen mit der Nachfolgerin, Dr. Maria Nooke, haben wir dazu genutzt, ihr unser Kernthema, den Beitrag zur Demokratie- und Werteerziehung der jungen Generation durch deren authentische Begegnungen an Gedenkorten mit Zeitzeugen der SED-Willkürherrschaft, ausführlich darzulegen.

Heike Roth, Manfred Kruczek

Im Grotewohl-Express – die schrecklichste Fahrt meines Lebens

Rainer Dellmuth aus Berlin ist einer der „dienstältesten“ Zeitzeugen – nun wurde er siebzig

Etwas verspätet, aber nicht weniger herzlich gratulieren wir unserem Berliner Kameraden Rainer Dellmuth zum 70. Geburtstag. Dass dieser Tag ausgerechnet auf den 20. Juli fiel, mag Zufall sein, dennoch kann man durchaus sagen, dass sich mit dem Gedenktag an den Widerstand gegen den Nationalsozialismus eine Parallele zum Widerstand gegen das SED-Regime zeigt.

Rainer Dellmuth geriet sehr früh in einen Dauerkonflikt mit dem MfS und der DDR-Ideologie. Er wuchs als uneheliches Kind in Berlin-Köpenick auf und besuchte dort die Schulen. Die Mutter war alleinerziehend, ermöglichte ihm jedoch eine frühe, gutbürgerliche Existenz, wodurch er prowestlich und christlich erzogen wurde. Wie viele andere seiner Generation wurde er durch die Mode und Musik der 1960er Jahre geprägt. Beat-Musik, Beat-Club und dergleichen übten einen starken Einfluss auf seine Entwicklung und seine politische Einstellung aus. Es ist daher nicht überraschend, dass er den Behörden der DDR schon mit 17 Jahren durch prowestliche, staatsfeindliche Äußerungen auffiel und die Stasi einen Operativen Vorgang (ähnlich einem geheimen Ermittlungsverfahren) gegen ihn einleitete.

Als 18-Jähriger geriet er dann auch offiziell in die Fänge der DDR-Justiz. Dabei entsprach die versuchte Flucht aus der DDR, die man ihm vorwarf, eher einem gedanklichen Entwurf, zu dessen Ausführung es nicht kam.

Rainer Dellmuth erinnert sich noch genau, wie er dennoch in die Mühlen der „Sicherheitsorgane“ geriet: „Ein Freund, ein ehemaliger Arbeitskollege, im VEB Verpackungsmittelwerke Berlin in der Mühlenstraße, wo ich Azubi, also Lehrling, war, ist in einen der zahlreichen Jugendwerkhöfe der DDR verbracht worden. Er kam in den Jugendwerkhof Hummelshain in Thüringen. Die Einrichtung trug den bezeichnenden Namen *Ehre der Arbeit*. Diese Worthülse klingt ein wenig wie bei den Nazis ‚Arbeit macht frei‘ und sagt schon al-

les über die Ziele, die dort verfolgt wurden. Ich meldete meinen Besuch im Jugendwerkhof mit der Begründung an, ich sei ein Vertreter der FDJ und wolle mich um den Insassen kümmern. Nach längerem Hin und Her wurde ich dann auch zu meinem Freund gelassen. Er bekam einige Stunden Ausgang, so dass ich ihn in meine Absicht einweihen konnte, im Gebiet von Sonneberg, was direkt an der Grenze zur Bundesrepublik lag, zu flüchten. Von Sonneberg aus wollten wir ins Coburger Land nach Bayern. Wir kamen allerdings nicht weit und wurden, bevor wir überhaupt losmarschieren konnten, festgenommen. Der Freund wurde im Jugendwerkhof festgesetzt, gegen ihn wurde bald ermittelt. Ich selbst kam nach Jena und blieb für 24 Stunden in Polizeigewahrsam. Nach diesen 24 Stunden wurde mir in Jena bei der Polizei mein Haftbefehl verlesen.

Dieser Haftbefehl war zwischenzeitlich in Berlin vom dortigen Strafsenat I a ausgestellt und hierher geschickt worden. Von Jena ging es nun weiter, die nächste Station hieß Gera, wo ich in der UHA des MfS Amtordurchgang für zwei Wochen eingesperrt wurde.

Danach bin ich nach Berlin – dies war mein Wohnort – verbracht worden. Dies war keine normale Fahrt und schon gar keine Reise, sondern ein unwürdiger Transport im sogenannten Grotewohl-Express, der insgesamt 14 Stunden währte – und das bei 30 Grad Außentemperatur. Es war die

schrecklichste Fahrt meines Lebens, anders kann ich es nicht beschreiben. Es ist ein Erlebnis, das ich niemals vergessen werde. Im



Nationalsozialismus kann es nicht schlimmer gewesen sein. Wir hatten für fünf Personen gerade mal etwas mehr als einen Quadratmeter Platz. Das Begleitpersonal gebärdete sich wie Sklavenaufseher. Der Transport endete dann in Berlin, im Gefängnis in der Keibelstraße, der sogenannten Keibelritze. Ich erhielt vom Stadtbezirksgericht Köpenick ein Urteil von einem Jahr wegen Versuchter Republikflucht nach § 5 der PÄVO und zudem noch wegen Staatsgefährdender Hetze nach § 106.“

Da Rainer Dellmuth zuvor eine Lehre als Buchdrucker begonnen hatte, musste er diese abbrechen, konnte sie jedoch nach der Entlassung aus der Haft fortsetzen und erfolgreich abschließen. Wiewohl er anschließend sogar das Abitur an der Humboldt-Schule in Berlin-Köpenick nachholte, hielt er an seiner Absicht fest, die DDR bei passender Gelegenheit zu verlassen und in den Westen zu gehen.

→ Seite 16 oben

Abermals versuchte er es also mit der Flucht – und wurde erneut gefasst. Seine Verhaftung fiel auf den 21. Oktober 1971. Die Erstvernehmung fand erneut in der Keibelstraße statt, wo sich das MfS im fünften Stockwerk eingerichtet hatte. Am Abend desselben Tages wurde er in Handschellen im Kleintransporter B 1000 zur Stasi-U-Haftanstalt Pankow, einem von drei Berliner MfS-Gefängnissen, überführt und verbrachte dort neun Monate. Im Mai 1972 wurde er zu zwei Jahren Haft nach Paragraph 213 wegen „versuchten Grenzübertritts im besonders schweren Fall“ verurteilt.

Er durchlief mehrere Haftanstalten und *reiste* dabei erneut auf traumatisierende Weise mit dem *Grotewohl-Express* quer durch die damalige DDR. Welch eine Tortur diese Art Transport darstellte, wissen vor allem jene, die sie ebenfalls mitmachen mussten. Angemerkt sei, dass sich die Bezeichnung Grotewohl von der Fahrt ins Geratewohl ableitet. Kaum jemand, der in den engen, vergitterten Waggons „reisen“ musste, ahnte, wohin er am nächsten Tag gebracht wurde.

Rainer Dellmuth verbüßte die Haft in Cottbus, er hatte jedoch Glück und wurde bereits im Oktober nach Karl-Marx-Stadt zur dortigen MfS-UHA auf den Kassberg verbracht. Hier befand sich das Abgangslager für die sogenannten Ausweiser, von wo auch später für die freigekauften Häftlinge die Fahrt in den Westen begann. Kamerad Dellmuth fiel übrigens nicht unter die Kategorie „Häftlingsfreikauf“. Er kam in den „Genuss“ jener legendären Amnestie vom 7. Oktober 1972. Damals öffnete die DDR-Justiz quasi Tor und Tür und ließ bis auf die wegen Paragraph 112 (Mord) verurteilten Insassen nahezu alle Gefangenen frei, wiewohl sich ein Teil der Begünstigten kurze Zeit später schon wieder straffällig machte.

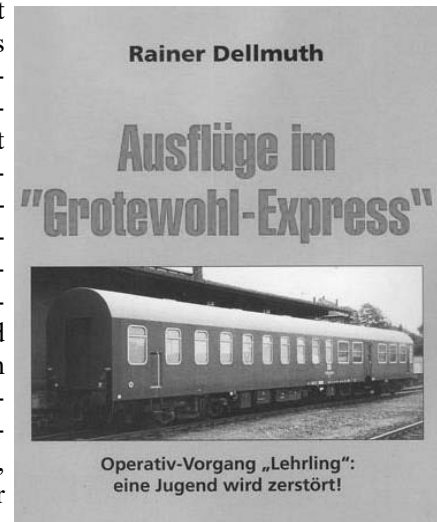
Rainer Dellmuth zu diesem Vorgang: „Diese Amnestie sollte ein Wahlgeschenk für Willy Brandt sein, damit dieser nach der anstehenden Bundestagswahl erneut Kanzler werden sollte. Mit mir kamen insgesamt 2.087 politische

Häftlinge – ohne Freikauf – in den Westen.“ Die Liste der *Abgescho-benen* hat der somit Freigelassene noch bei sich zu Hause. Mit seinem Schub gingen damals 91 Häftlinge in den Westen.

Rainer Dellmuth gehört demnach zu einer frühen Generation von Ausreisenden, die, obwohl nicht freigekauft, vorzeitig aus der Haft in den Westen gebracht wurden. Er ist seit 1972 Bundesbürger und hat ein neues Leben begonnen, das ihm eine Neu-Orientierung ermöglichte. Ruhig begann das neue Leben nicht. Wie viele Inhaftierte litt und leidet er unter posttraumatischen Belastungen, die lange, intensive therapeutische Behandlungen erforderlich machten. Immerhin nutzte er den „Umzug“ für einen neuen beruflichen Weg und gründete eine Firma, die er jedoch zugunsten einer Anstellung im Öffentlichen Dienst, wo er als examiniertes Krankenpfleger arbeitete, aufgab. Nebenbei verwirklichte er einen Traum, den viele andere auch haben: Er wurde Schauspieler. Sicherlich kam er nicht an seine Film-Idole Sir Laurence Olivier, Sir Alec Guinness oder Heinz Rühmann heran. Er bekam aber von 1975 bis 2008 einige interessante Rollen in mehreren Fernsehserien und Filmen, schaffte jedoch – letztlich aus Vernunftgründen und dem Wunsch nach einer festen Arbeitsstelle – den großen Durchbruch nicht. Eine sichere Zukunft hatte Vorrang. „Ich hatte mich erst gar nicht um eine Agentur bemüht, die mich hätte vermitteln können, weil ich inzwischen diesen festen Job als Krankenpfleger hatte. Mein Regisseur sagte mir immer: ‚In der Film-Branche gibt es die meisten Arbeitslosen überhaupt.‘ Und damit hatte er sicher nicht Unrecht.“ Trotzdem studierte er auch noch mehrere Semester Geschichte.

Die Haftzeit, das Unrecht der DDR hat ihn dennoch geprägt, und das darf nach seiner Meinung nicht in den Zeitläuften der Geschichte untergehen. Die langwierige therapeutische Behandlung hat zwar geholfen, dennoch die Leiden nicht beseitigt. Er wurde daher bereits 2000 berentet. Andererseits ist er in der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen als leidenschaftlicher Zeitzeuge erfolgreich aktiv, und

dies seit 1997. Bei den Jugendlichen kommt er mit seiner unmittelbaren Art des Vortrags gut an. Mehrfach wurde er von Schulklassen, die er durch die grausigen Anlagen des Gebäudes führte, auch als Referent an deren Schulen eingeladen. Und dies bis nach Bergkamen, Papenburg oder Saterland / Ramsloh und sogar nach Österreich und in die Schweiz.



Im Buch-Shop der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen liegt auch das Buch aus, das er mit Blick auf seine Erfahrungen in der DDR und der Haft verfasst hat. „Ausflüge im Grotewohl-Express – Operativ-Vorgang Lehrling: eine Jugend wird zerstört“. Das Buch ist 1999 erschienen und befindet sich bereits in der elften Auflage, es entbehrt nicht der Bitternis, die auch viele andere, die nicht über die Fähigkeit des gekonnten Erzählens verfügen, wegen des Lebens im SED-Staat und insonderheit während der Haft empfanden.

Das Schreiben hat er freilich nicht aufgegeben. Er ist sich der Aufgabe der Wissensweitergabe an die nachfolgenden Generationen bewusst und möchte auch für sich selbst an der Aufarbeitung des eigenen Schicksals festhalten. Das Thema Haftfolgeschäden / Posttrauma bleibt weiter ein zentrales Anliegen. Das ist gut so, und man darf gespannt sein, ob wir in fünf oder zehn Jahren, wenn die nächsten „runden“ Geburtstage anstehen, wieder etwas Neues von Rainer Dellmuth vorstellen können.

Tom Haltern

Fotos ©: R. Dellmuth
Das Buch kann auch über die
VOS bezogen werden

Ein äußerst sinnvolles und eigentlich sehr nahe liegendes Projekt

VOS Thüringen-Erfurt hat eine Jugendgruppe ins Leben gerufen und vermittelt Geschichtswissen

Unter dem von Alexander von Humboldt geprägten Motto „Nur wer die Vergangenheit kennt hat eine Zukunft“ hat die Landesgruppe der VOS Thüringen in Erfurt eine Initiative ins Leben gerufen, die (vorerst) Ihresgleichen sucht. Um die Weitergabe der Gescheh-

fältigen Widerstand selbst mitgestaltet haben. Dies ist eine folgerichtige und durchaus legitime Initiative, die die Betroffenen zu einen aus der Ecke des Vergessenwerdens holt und die zum anderen wahrheitsgetreue Faktenvermittlung ermöglicht.

Stück ihrer schönen Thüringer Heimat kennen. Denn auch das zählt: Nur wer seine Heimat kennt, kann sie auch schätzen und lieben.

Erste Erfahrungen wurden im Sommer mit der Exkursion zu einem ehemaligen SED- Erholungsheim in Wilhelmsthal und zur Drachenschlucht bei Eisenach gemacht. Wegen der Schulferien waren in diesem Fall nur drei Jugendliche dabei, für diese war es nichts destotrotz ein bleibendes Erlebnis. In den frühen Morgenstunden (3.00 Uhr!) begann die Fahrt in Erfurt und führte zunächst zum ehemaligen Erholungsheim der SED-Bezirksleitung Erfurt und des ZK Berlin. Zeitzeuge Norbert Wagner berichtete vor Ort über das heuchlerische und schäbige Verhalten der damaligen Bonzen, die in diesem Heim einen besseren Urlaub machen konnten als der Rest der Bevölkerung.

Der damals 15- bis 16-jährige Zeitzeuge, der ebenfalls mit seinen Eltern dort Urlaub machte, berichtete weiterhin, dass auch Funktionäre aus kommunistischen Organisationen und Parteien der Bundesrepublik (DKP, SEW, Gewerkschaft) einen schönen und kostenlosen Urlaub hier verbringen durften. Zugleich mussten die DDR-Bürger, die sich für Gerechtigkeit und Freiheit eingesetzt hatten, hinter Gittern und hohen Mauern schmachteten und ihre Gesundheit oder ihr Leben opfern.

Bei einer anschließenden Wanderung mit Zeitvorgabe konnten die Jugendlichen den Bericht über die Ungerechtigkeit in der DDR erst mal verdauen. Es ging zur Drachenschlucht und zum Restaurant Hohe Sonne am Rennsteig.

Mit dieser Exkursion durch ein Stück Heimat wurde in der Arbeit mit den Jugendlichen mehr als ein bemerkenswerter Anfang gemacht. Die Gruppe will sich unter der Regie von Norbert Wagner weiter konsolidieren, zumal sich auch ein Netzwerk ergeben hat, das bundesweit wirkt. So gehören einige junge Leute aus Werther in Ostwestfalen und ein Mädchen aus dem Ruhrgebiet dazu.

→Seite 18 oben



nisse rund um das SED-Unrecht nicht dem Zufall zu überlassen und die Schicksale und Zustände im Nachhinein nicht noch weiter zu verharmlosen, wurde eine Initiative ins Leben gerufen, die sich direkt an Jugendliche wendet. Damit wird über die natürlich weiter praktizierten Zeitzeugenveranstaltungen, wie sie üblicherweise an Schulen stattfinden, hinausgegangen und tiefgründiger und praxisbezogener mit dem Thema „Das Unrecht des Kommunismus“ umgegangen.

Ganz konkret heißt das, dass über den bisherigen Rahmen von zwei bis vier Schulstunden mit jungen Menschen gearbeitet wird. Das bezieht sowohl theoretisches Wissen wie auch praktische Freizeitgestaltung ein. Spiel, Spaß und ein bisschen Abenteuer werden jedoch nicht zum Zwecke politisch ideologischer Gehirnwäsche missbraucht, wie man dies aus den Gruppennachmittagen von FDJ und Pionieren in der DDR gewohnt war, sondern es wird den Jugendlichen ein Geschichtsbild aus der Zeit vor 1990 vermittelt, wie es die Zeitzeugen der VOS erlebt, erlitten, aber durch ihren viel-

Eingeleitet wurde dieses nachahmenswerte Projekt durch unseren Kameraden Norbert Wagner aus Thüringen, der den Bundesvorstand bereits bei der Generalversammlung im vorigen Jahr daraufhin ansprach. Damals war schon klar, dass seitens der jungen Menschen ein enormes Interesse an authentischer Geschichtsvermittlung besteht und die Idee aufkam, dies als Freizeitprojekt umzusetzen. Dies ist nun geschehen, und der Erfolg bzw. die rege Nachfrage haben mittlerweile eine stabile Gruppe von geschichtsinteressierten Jugendliche in der Altersklasse von 14 bis 18 Jahren entstehen lassen.

Das Konzept ist einfach, dennoch wirksam und kommt gut an: Es werden unter Begleitung von Zeitzeugen historisch aufschlussreiche Orte besucht, an denen die Referenten ihre Lebensgeschichte darstellen können. Die Art der Vorgehensweise und die jeweiligen Orte sind unterschiedlich, zumal dies die Erfahrungen und Erlebnisse der Zeitzeugen auch sind.

Wohltuender Nebeneffekt: Die jungen Menschen lernen bei einem derartigen Ausflug zugleich ein

Man sieht: Das Interesse ist in ganz Deutschland vorhanden, und mit Nutzung der digitalen Medien ist es möglich, sich über weite Strecken innerhalb von Augenblicken zu verständigen.



Bleibt die Frage der Finanzierung. Die VOS hat durch die Mitwirkung von großzügigen Spendern und durch das Verhandlungsgeschick des Bundesgeschäftsführers in einem beispiellosen Kraftakt die Finanzen wieder in die schwarzen Zahlen gebracht. Wäre also ein Zuschuss denkbar?

Aufgrund der regen Nachfrage haben wir am 01.03.2017 eine Jugendgruppe für geschichtsinteressierte Jugendliche im Alter von 14 bis 18 Jahren gegründet unter dem **Motto:** „GESCHICHTE ERLEBEN“.

Natürlich soll hier mit der Vorstellung dieser Initiative auch für weitere Interessenten geworben werden. Falls sich in Bayern, Niedersachsen oder in anderen Bundesländern Interessierte finden, wäre eine Erweiterung dieses VOS-Jugendnetzwerkes denkbar und wünschenswert. Auch Ideen, Einladungen und (natürlich) persönliche Förderungen sind (nicht nur aus den Reihen unseres Verbandes) willkommen. *B. Thonn*

Infos und Fotos ©: Norbert Wagner

Foto S. 17: Jugendgruppe mit Kamerad Alexander Reichenbacher

Foto S. 18: Exkursion durch die Drachenschlucht bei Eisenach

Als „Ikone der Fernwärme“ 35 Jahre geschickt in Hoyerswerda agiert

Sachsens Rathenow-Behörde übernimmt Privatarchiv von Richard Böttge zur Bürgerbewegung Leipzig e.V.

Für Montag, den 3. September 2018 war die Übergabe des umfangreichen Privatarchivs von Richard Böttge durch dessen Bruder Horst Böttge an das *Archiv Bürgerbewegung Leipzig e.V.* vorgesehen. Dies teilte die Pressestelle des Sächsischen Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Lutz Rathenow, der die Übergabe initiiert und begleitet hat, mit. Lutz Rathenow kündigte an, bei der Übergabe des Archivs ebenfalls zugegen zu sein.

Bis zu seinem Tod im Januar 2015 war der ehemalige Bautzen-Häftling Richard Böttge im *Bautzen-Komitee* aktiv und führte Zeitzeugengespräche in Schulen, die vom Landesbeauftragten viele Jahre begleitet wurden. Gerade weil er so jung war, als er verfolgt wurde, waren diese Gespräche für die Schüler immer etwas Besonderes.

Richard Böttge war gerade erst 16 Jahre alt geworden, als er im Januar 1951 verhaftet wurde. Er hatte ein Leninbild bemalt. Ein sowjetisches Militärgericht verurteilte ihn zu zehn Jahren Arbeitslager. Er kam nach Bautzen ins „Gelbe Elend“, dann nach Halle in den „Roten Ochsen“. Die Gnadengesuche der Eltern blieben unbeantwortet.

1954 entließ man ihn aufgrund einer Amnestie. Er schaffte es trotz seiner vorausgegangenen Verhaftung, sich als Ingenieur für Heizungsanlagen in der Fernwärme in Hoyerswerda zu qualifizieren und Verantwortung zu übernehmen. Mühsam stieg er auf und leitete später eine Abteilung mit knapp 170 Mitarbeitern. Er übernahm die Verantwortung für die Versorgung von 50.000 Wohnungen mit Fernwärme, was in der DDR kein begehrter Posten war.

Weil er geschickt agierte, galt er bald als „Ikone der Fernwärme“. Über 35 Jahre arbeitete Richard Böttge erfolgreich in

diesem Bereich, wurde ausgezeichnet, doch der Makel seines politischen Arrestes blieb bis zum Ende der DDR an ihm haften. Sein Bruder Horst Böttge hat diese Geschichte im Buch „Drangsaliert und dekoriert. Von der Kunst des Überlebens in der DDR“ aufgeschrieben. Dafür hat er die Dokumente seines Bruders aus der Haft, die Briefe der Eltern und die umfangliche Stasi-Akte, die seine jahrzehntelange intensive Beobachtung belegt, herangezogen.

Diese Dokumente zeigen die Komplexität eines Lebens zwischen unmittelbarer Verfolgung und beruflichem Aufstieg, sie belegen auch die Versuche, mit Zivilcourage zu agieren trotz beruflicher Hindernisse und der Stasi im Genick.

Weil sie die ganze Fülle eines Lebens in der Diktatur abdecken, sind sie so wichtig für die Nachwelt. Das *Archiv Bürgerbewegung Leipzig e.V.* ist der richtige Ort dafür. Erst im Mai übernahm es mit Hilfe des Landesbeauftragten den Nachlass von Ellen Thiemann, jahrelanges VOS-Mitglied und engagierte Zeitzeugin, zuletzt in NRW, eine der wichtigsten Chronistinnen des Frauengefängnisses Hoheneck. Ellen Thiemann verstarb kürzlich und hinterließ in unseren Reihen eine Lücke.

Lutz Rathenow dazu: „Das *Archiv Bürgerbewegung Leipzig* entwickelt sich immer mehr zu einem herausragenden Archivstandort, der offen zugänglich ist und von jedermann genutzt werden kann. Es ist ein interessanter Aufarbeitungsanreger, der nach ganz Sachsen ausstrahlt.“

Pressekontakt des BStU: Maximilian Heidrich, M.A.
Pressemitteilung 26 / 2018 vom 30. August 2018 der BStU-Behörde Sachsen, aktualisiert für Freiheitsglocke.

Erinnerungen, Fragen und auch Kritik: Die Gedenkveranstaltung zum 35 km-Gewaltmarsch vor 73 Jahre nach Sachsenhausen

Vom 24. bis 26. August 2018 trafen sich ehemalige Häftlinge, Angehörige und Politiker, um an jene Opfer des Speziallagers Sachsenhausen zu erinnern, die zunehmend vergessen werden

Nach ihrer Anreise zum Oranienburger „Stadthotel“ pflegten zwölf körperlich tüchtige Mitglieder und Förderer unserer Arbeitsgemeinschaft den Gedenkort an den Massengräbern im Schmachtenhagener Forst. Tags darauf, am Samstag um 10 Uhr, gedachten wir dort der Toten.

Mariagnes Pense zitierte aus dem Klassiker „Allenfalls kommt man für ein halbes Jahr in ein Umschulungslager“, den 1951er Bericht der DDR-Zeitschrift „Frau von heute“ zur Entlassung von Internierten, der – wie die inzwischen verstorbene Gisela Gneist (eine der beiden Buchautorinnen) schrieb – an Zynismus und Leugnungen nicht zu überbieten ist.

Beim anschließenden Totengedenken bei den Massengräbern an der Düne konnten wir Margot Jann und ihren Ehemann Wolfgang begrüßen.

Auch die Vertreterin der UOKG, Sybille Krägel, Hamburg, legte ein

schlugen darauf noch immer das Ostlager der Zone II. Wir besichtigten Sammlungsbestände im Depot der Gedenkstätte mit dem Schwerpunkt Speziallager sowie die Ausstellung zu „Haftalltag und Erinnerung“.

Die Kritik unserer Mitglieder lässt sich in kurzen Sätzen zusammenfassen:

„Objekte brauchen eine Geschichte ...“

„... das führt zum falschen Verständnis ...“

„... Zone II ist unterbewertet ...“

„... das zeichnet ein völlig falsches Bild ...“

„... das ging leider am Thema vorbei ...“

„... einige Exponate sind fern der Lagerzeit ...“

Am Sonntagvormittag versammelten wir uns gemeinsam mit weiteren Gästen am ehemaligen Kommandantenhof zur bereits traditionellen Veranstaltung der Gedenkstätte Sachsenhausen in Ko-

Rednerpult vor Repräsentanten der Politik zu sehen. Rechts von Dr. Axel Drecolll sitzend: Dr. Ulrike Gutheil, Ralf Wieland, Dieter Dombrowski, Anke Domscheit-Berg und Ludger Weskamp (Landrat, Kreis Oberhavel). Auf dem Foto sind leider nicht zu sehen Dr. Maria Nooke (LAKD) und Dr. Sabine Kuder (Bundesstiftung Aufarbeitung).

Die Ansprache von Dr. Ulrike Gutheil (MWFK des Landes Brandenburg) gab uns Impulse. Ralf Wieland (Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses) hätte doch ein wenig emotionsgeladener reden sollen. Höhepunkt war die freie Rede des Zeitzeugen Hubert Polus (kleines Foto Seite 20) zu seinem persönlichen Schicksal als Internierter. Bewundernswert, dass er sich trotz stark eingeschränkter Beweglichkeit an allen drei Tagen mit Hilfe seiner Pflegerin Renate Hoppe an der Veranstaltung beteiligte. Dank an beide!



Blumengebinde nieder. Reinhard Klaus sprach zum Zeitgeschehen, denn auch das gehörte dazu.

Am Nachmittag ging es zur ehemaligen Häftlingswäscherei im Lagerdreieck. Ein Kleinbus der Gedenkstätte fuhr Gehbehinderte vom BIZ zur Veranstaltung. Uns Übrige wiesen Aufsteller der Gedenkstätte den Weg und unter-

operation mit uns. Mit Spannung erwarteten wir die Begrüßung durch den neuen Leiter der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, Dr. Axel Drecolll. Seine Worte stimmten uns hoffnungsvoll und ließen den Vorgänger nicht vermissen. Dies machte auch unser Vorsitzender in seiner Begrüßung deutlich. Auf dem Foto ist er am

Pfarrer Friedemann Humburg (St. Nikolai, Oranienburg) gestaltete auch in diesem Jahr den Kurzgottesdienst und beeindruckte wieder mit neuem Thema seiner Predigt. Der Bläserchor Bergfelde-Schönfließ umrahmte das Gedenken mit Andantes von Paul Peuerl & Valentin Hausmann.

→Seite 20 oben

→ von Seite 19 unten

Dann folgten zwei Chorälen aus dem Evangelischen Gesangbuch.

Als einzige der namhaften Parteien legte die LINKE, vertreten durch die Berliner Abgeordnete

Anke Domscheit-Berg (deren Großvater in Speziallager Sachsenhausen umkam), ein Blumengebinde nieder. CDU und FDP fielen durch wiederholte Abwesenheit auf.



Danach gingen wir ins Lagerdreieck zum Gedenkstein für die Opfer des Stalinismus. Dort erinnerte Michael Ney mit prägnanten Sätzen an das (Un-)Wesen des Kommunismus. Erneut lud die Gedenkstätte zweimal zum Imbiss. Deren Veranstaltungsteil förderte die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien sowie das Brandenburger Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur. Wir danken der LAKD und der Bundestiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur für die uns gewährten Hilfen und die Unterstützung.

Bericht und Fotos
© Reinhard Klaus



Schlechte Zeiten stellen sich leider viel schneller ein, als man das glaubt

Beim Jahrestreffen der Bützower Haftopfer gibt es neben den Erinnerungen auch Impulse für die Gegenwart

Am 28.09.2018 um 11:30 fand wieder einmal eine Gedenkfeier in Bützow am *Krummen Haus*, vor dem zerbrochenen Mühlstein statt, der an die Opfer des Stalinismus und des Sozialismus erinnern soll.

Das diesjährige Thema waren die sogenannten 68er, und dies war sehr brisant, stellte sich doch heraus, dass diese 68er nicht so waren, wie sie von den Medien und bestimmten Kreisen in Westdeutschland und West-Berlin dargestellt wurden und werden. Parallel zeigt sich bei sachlicher Aufarbeitung, dass zur gleichen Zeit in der ehemaligen DDR und Ostberlin ein weißer Fleck entstanden ist. Leider hat sich bis heute kaum jemand die Mühe gemacht, dort, wo auf andere, auf wahre Art um Freiheit und demokratische Rechte gekämpft wurde, entsprechend nachzuforschen. Wollte man das seitens der Politik nicht, oder fehlte das nötige Kleingeld?

Von 1961 bis 1968 sind in der DDR viele Befehle gegeben und Gesetze geändert worden. So mache ich hier wieder einmal auf den Befehl IX / 6 des Innenministers und des Chefs der Deutschen Volkspolizei aufmerksam, der die Personenkontrolle und Überwachung betrifft, den selbst der Generalstaatsanwalt Streit ablehnte, weil er nicht den Gesetzmäßigkeiten

entsprach. Letzterer verweigerte sogar die Unterschrift, da es sich in diesem Befehl nur um polizeiliche Maßnahmen handelte, die aber darauf beruhten, das ganze Material der Beobachtung akribisch zu sammeln, um es dann bei passender Gelegenheit vor Gericht zu benutzen. Selbst die Verjährungszeiten wurden nicht ausgeschlossen. Somit hatten die Gerichte immer ein leichtes Spiel.

In Untersuchungshaft entstandene Mietschulden wurden in Zusammenarbeit mit der Wohnungsverwaltung und der Abteilung Inneres des MDI tatsächlich als Mietschulden angekreidet, und die Gerichte spielten mit. Der Häftling hatte das Nachsehen.

Zum Abschluss des Treffens stellten sich wie immer die politischen Haftopfer aus der SBZ-DDR-Zeit, noch einmal zum Gruppenbild auf (Foto unten). So lässt sich dann jedes Jahr feststellen, wer wieder von uns gegangen ist, um seiner in Würde zu gedenken.

Auch merken wir in einem Rechtsstaat immer wieder, wie schwer es ist, vor den Anfängen einer Diktatur, wie es die ehemalige DDR war, zu warnen, wo doch viele Bundesbürger und Altgenossen, denen eine Diktatur nur Recht und billig war, den Sozialismus jetzt immer noch anstreben.

Genau so kann ich mir die Situationen der NS-Opfer vorstellen, als sie vor Hitler mit seiner Diktatur warnen wollten und dann weggesperrt wurden.

Wie lange soll es noch so weitergehen, wozu muss es noch kommen? Schlechte Zeiten stellen sich schneller ein, als man glaubt. Wenn es zu spät ist, will keiner mehr schuld sein. Ist das Kind einmal in den Brunnen gefallen, wird es schwer sein, es wieder herauszuziehen.

Rainer Buchwald (2. v.l.)

Kann man mit dieser Vorgehensweise einverstanden sein?

In einem offenen Brief von DDR-Opfern wird die Art und Weise der Entlassung von Hubertus Knabe als Gedenkstättendirektor in Berlin-Hohenschönhausen kritisch hinterfragt

Zu der überraschenden Abberufung von Dr. Hubertus Knabe als Direktor der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen wurde nun auch der offene Brief mehrerer Mitglieder des Stiftungsbeirates in die Öffentlichkeit getragen. Daraus geht hervor, dass der Beirat bei der Entscheidung zur Abberufung nicht einbezogen wurde. Ebenso wird das Befremden geäußert, dass der Beschluss, Knabe abzulösen, parteiübergreifend, also gemeinsam von CDU und Linken, gefasst wurde. Neben der Kritik an der politischen Aussage dieses unüblichen Konsens, stellt sich zudem die Frage nach der (arbeits)rechtlichen Korrektheit.

Da vor allem die älteren Leserinnen und Leser der Freiheitsglocke nicht unbedingt über einen Internetanschluss verfügen und die ehemaligen politischen Häftlinge auf jeden Fall mit betroffen sind, wird der offene Brief nachstehend (gekürzt) veröffentlicht. Einen weiteren ausführlichen Kommentar enthält die Rubrik „Auf ein Wort des Redakteurs“ auf Seite 2 dieser Ausgabe.

An Dr. Klaus Lederer, Vorsitzender des Stiftungsrates der Stiftung Gedenkstätte Berlin- Hohenschönhausen, Senator für Kultur und Europa, Brunnenstraße 188 – 190 10119 Berlin

1. Oktober 2018
OFFENER BRIEF

Wir, die Unterzeichnerinnen, protestieren als Mitglieder des Beirates der Gedenkstätte Berlin- Hohenschönhausen entschieden gegen die Entlassung des Direktors der Gedenkstätte, Dr. Hubertus Knabe, und fordern dessen Wiedereinsetzung.

Begründung:

1. Die Vorwürfe der sexuellen Belästigung richten sich nicht gegen Hubertus Knabe, sondern gegen seinen Stellvertreter ...

2. An der Chronologie der Ereignisse ist leicht ablesbar, welche Schritte Herr Dr. Knabe bereits vor der

Stiftungsratssitzung vom 25. 9. 2018 eingeleitet hatte, um die angezeigten Missstände abzustellen: - April 2018 Der Gedenkstättendirektor erhält von der Kulturverwaltung Berlin einen Hinweis auf dort anonym eingegangene Beschwerden wegen sexueller Belästigung in seinem Haus - ohne konkrete Angaben zu den Vorwürfen. Daraufhin erstattet Hubertus Knabe Anzeige bei der Staatsanwaltschaft Berlin.

- August 2018 Die Staatsanwaltschaft Berlin stellt die Ermittlungen ein, da ein für eine Anklageerhebung erforderlicher hinreichender Tatverdacht nicht gegeben sei.

- Montag, 17.9. 2018. Der Gedenkstättendirektor erfährt durch eine Anfrage des Rundfunks Berlin-Brandenburg (rbb) erstmals, worüber sich die Mitarbeiterinnen konkret beschwert haben. Knabe bedauert, dass sich die Mitarbeiterinnen weder an den Personalrat noch an die Leitung der Gedenkstätte gewandt haben. Er schließt mit dem Personalrat eine Dienstvereinbarung zum Beschäftigtenschutz und respektvollen Umgang am Arbeitsplatz und ernannt eine Antidiskriminierungsbeauftragte.

- Mittwoch, 20.9.2018. Der rbb berichtet nun erstmals öffentlich von Klagen über sexuelle Belästigungen ... Gedenkstättendirektor Knabe erklärt darauf in einer Pressemitteilung, dass bereits Konsequenzen gezogen wurden (s. o. Dienstvereinbarung und Antidiskriminierungsbeauftragte).

- Montag, 24. 9. 2018. ... Knabe glaubt, dass der Stiftungsrat sich nun am nächsten Tag mit der juristischen Bewertung der Vorwürfe beschäftigen wird. Zugleich bittet er die Ärztin und ehemalige Präsidentin der ersten frei gewählten DDR-Volkskammer, S. Bergmann-Pohl, um eine Befragung der Mitarbeiterinnen hinsichtlich sexueller Belästigungen. "Wenn es Kritik gibt, dann gehört diese auf den Tisch. Ich bin sehr dankbar, dass sich Frau Dr. Bergmann-Pohl bereit erklärt hat, zusammen mit der Anti- Diskriminierungsbeauftrag-

ten der Gedenkstätte die Situation von unabhängiger Seite zu untersuchen." Das Ergebnis der Befragungen soll in einem Abschlussbericht festgehalten werden, der auch praktische Schlussfolgerungen für ein respektvolles Zusammenarbeiten zwischen Männern und Frauen enthalten soll. Darüber hinaus werde es Schulungen für Mitarbeiter geben, um sie für das Thema zu sensibilisieren und Verhaltenshinweise zu geben.

- Dienstag, 25. 9. 2018. Sitzung des Stiftungsrates mit Dr. Klaus Lederer, Senator für Kultur und Europa Berlin (Vorsitzender), Martina Gerlach, Staatssekretärin in der Berliner Senatsverwaltung für Justiz, Maria Bering, Leiterin Gruppe K4 "Geschichte und Erinnerung" bei der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, Dieter Dombrowski, MdL Brandenburg, Vorsitzender des Gedenkstättenbeirates, B. Neumann Becker, Beauftragte des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Vertreterin des Gedenkstättenbeirates.

Nach zweistündiger Wartezeit vor dem Sitzungsraum teilt der Stiftungsratsvorsitzende Klaus Lederer (DIE LINKE) dem Gedenkstättendirektor Hubertus Knabe ohne Anhörung oder Nennung konkreter Beschuldigungen die ordentliche Kündigung und sofortige Freistellung von allen Dienstpflichten als einstimmigen Beschluss des Stiftungsrates mit. Den Mitgliedern des Gedenkstättenbeirates gegenüber begründet Lederer die Kündigung in einer Mail mit den Worten: „Der Stiftungsrat hat kein Vertrauen, dass Herr Dr. Knabe den dringend notwendigen Kulturwandel in der Stiftung einleiten wird, geschweige denn einen solchen glaubhaft vertreten kann.“

3. Der Stiftungsrat, der die Absetzung beschloss, hat Herrn Dr. Knabe also nicht zur Sache angehört. Das stellt einen eklatanten Verstoß gegen den Rechtsgrundsatz „Audiatur et altera pars“* dar. Die Vorwürfe nur einer Seite zur

→ nächste Seite oben

Grundlage einer solch weitreichenden Entscheidung zu machen, ohne die Sicht der Gegenseite zu berücksichtigen, legt den Verdacht der Vorverurteilung nahe.

4. Außerdem hat der Stiftungsrat Herrn Dr. Knabe offenbar nicht mitgeteilt, was konkret gegen ihn vorliegt. Auch dies ist ein völlig unakzeptables Vorgehen.

5. Die aus dem Beirat in den Stiftungsrat entsendeten Mitglieder Dieter Dombrowski und Birgit Neumann-Becker, die mit ihrer Zustimmung die sofortige Entlassung des Gedenkstättenleiters (vorerst) legitimierten, haben vor dieser so schwerwiegenden Entscheidung keine Rücksprache mit dem Beirat gehalten. Damit wurde das Gremium, das sie entsandt hatte, von der Entscheidungsfindung ausgeschlossen. Deshalb konnten wir auch nicht den alternativen Lösungsvorschlag einbringen, statt einer Kündigung des Direktors den freigewordenen Stellvertreterposten mit einer Frau zu besetzen.

6. Die Art und Weise wie man Dr. Knabes Dienstverhältnis beendet hat ist entwürdigend und von der Sachlage her keinesfalls gerechtfertigt. Vielmehr erwecken diese Maßnahmen den Anschein einer Strafaktion, die sich eher als Reaktion auf seine politische Unangepasstheit denn als Antwort auf (vorgebliche) Verfehlungen deuten lässt. Die Unterzeichnerinnen verurteilen das durch nichts zu rechtfertigende Verhalten der übergeordneten Behörden und des Stiftungsrats und fordern eine Revisi- on des Beschlusses.

Dieser offene Brief wurde u. a. im Internet veröffentlicht. Er wurde Unterzeichnet von:

Heidi Bohley – Zeit- Geschichte(n) e.V. Halle a. d. S.

Freya Klier – Schriftstellerin **Edda Schönherz** – Vorsitzende Stammtisch d. Hoheneckerinnen

Prof. Dr. Barbara Zehnpfennig – Universität Passau

* Anspruch auf rechtliches Gehör des anderen Teils.

Das Zitat in der Fg:

Leute mit Mut und Charakter sind den anderen Leuten immer sehr unheimlich.

Hermann Hesse

Ein erlebter Albtraum

Edda Schönherz' Rede berührt nicht nur die Betroffenen

Dankeschön an Edda Schönherz, eine wichtige Zeitzeugin aus Berlin-Hohenschönhausen und eine langjährige Freundin: „Frauen in der DDR“: Unter dieser Überschrift stand der Festakt zum Tag der Deutschen Einheit in der Kaarster Rathaus-Galerie. Festrednerin war Edda Schönherz. Was sie zu sagen hatte, berührte zutiefst und stand in krassem Gegensatz zu den Stimmen, die verharmlosend sagen, in der DDR war nicht alles schlecht. Schönherz machte deutlich, dass die DDR für Menschen mit kritischem Verstand sehr schnell zum Albtraum werden konnte – zu einem Albtraum, den sie selbst erlebt hat.

Rentenunrecht: Gericht gibt Kläger Recht!

Das Sozialgericht Aachen hat Andreas Lehnert Recht gegeben und die DRV zur Zahlung nach FRG verurteilt hat. Das Urteil liegt inzwischen schriftlich vor. Bisher ist eine Berufungsschrift nicht bekannt, und es scheint auch, dass die DRV das Urteil akzeptiert. Wir wollten der fachlichen Stellungnahme von RA Geis, der unter unserer Mitwirkung das Verfahren geführt hat, nicht vorgreifen, deshalb haben wir uns mit einer verallgemeinernden Schlussfolgerung zurückgehalten, auch wenn das Urteil auch für Nichtjuristen ziemlich eindeutig war. Die unten stehende Würdigung des Urteils von Herrn Geis bestätigt unsere Erwartungen. Deshalb sollten alle Betroffenen ihre Rentenunterlagen genau durchsehen, ob

1. ein Bescheid von der BfA bzw. einer LVA vorliegt, in dem Zeiten nach dem FRG anerkannt worden sind. Dies betrifft hauptsächlich Bescheide, die vor 1990 erteilt worden sind.

2. dieser Bescheid nicht durch einen späteren Bescheid aufgehoben worden ist. Eine solche Aufhebung kann evtl. auch in einem Rentenbescheid vorgenommen worden sein.

Alle, bei denen diese Kriterien erfüllt sind, sollten sich bei RA Geis und zur Koordinierung der Aktivitäten auch beim Vorstand melden.

Helfried Dietrich, IEDF

Ein kleines Wunder

Sylvia Wähling spürt „anonymen Cottbuser Künstler“ auf

Ein erfreuliches Ergebnis zeitigte nun die Suche nach dem „anonymen Künstler von Cottbus“, dessen Zeichnungen – in der Haft gefertigt – zweimal in der Fg vorgestellt wurden. Zwar waren nicht die Berichte und Abbildungen, die die Fg veröffentlichte, ausschlaggebend, aber letztlich zählt der Erfolg, und den kann eindeutig die Leiterin des Menschenrechtszentrums Cottbus, Sylvia Wähling für sich verbuchen. Unnachgiebig und mit viel Findigkeit hat sie den Künstler, der die Zeichnungen mit den Initialen F. T. signierte, weit im Westen unseres Landes aufgespürt und ihn nun sogar für eine Ausstellung in den Räumen des Menschenrechtszentrums gewinnen können.

Um wen handelt es sich?

Es ist Frank Timpe, der mehr als zwei Jahre in der Strafanstalt Cottbus einsaß und erst 1988 in den Westen ausreisen durfte. Timpe hat mittlerweile die alte Leidensstätte noch einmal besucht und, wiewohl er das „Knast-Kapitel“ eigentlich abgeschlossen zu haben meinte, sich doch nicht ohne Schmerz an die schweren Jahre hinter Mauern und Gittern erinnert. Vieles, das sich in seiner Haftzeit ereignete, war inzwischen vergraben und kam nun in die Erinnerungen zurück. Nach der Übersiedlung in den Westen gründete er im Rheinland eine neue Existenz und verwirklichte seinen Traum, künstlerisch zu arbeiten. Er gestaltet Ausstellungen und setzt Werbeaufträge um. Es ist eine Form von Freiheit und Unabhängigkeit, die der nun 60-Jährige in der DDR niemals hätte erreichen können.

Zu einer Begegnung mit dem ehemaligen Wachbediensteten, der die Zeichnungen aufbewahrt hatte, wird es indessen nicht kommen. Frau Wähling hatte versucht, eine solche zu organisieren, was sicher eine Art Vorzeigeakt im Sinne eines Täter-Opfer-Versöhnung hätte werden können. Doch der Wachmann lehnte ab. Ob es gesundheitliche Gründe sind oder ein schlechtes Gewissen, ist nicht genau zu erfahren. *Valerie Bosse*

Die „Kultura“ von Mühlberg muss kein unaufgeklärter Mythos sein

Siegfried Müllers Broschüre erklärt vieles, man muss sie nur verteilen und lesen

Es gibt heutzutage nur noch wenige Überlebende des Speziallagers Mühlberg, wie es überhaupt immer weniger Opfer des unmittelbaren stalinistischen Nachkriegsterrors gibt. Umso wichtiger ist es, dass sich diejenigen immer noch zu Wort melden und authentisch über das Geschehene Unrecht berichten und dies sogar schriftlich festhalten.

Einer von ihnen ist Siegfried Müller aus Sachsen, der mit zahlreichen Beiträgen in der Fg oft genug den Finger in Wunden gelegt hat, die nicht nur ihn allein schmerzen. Kamerad Müller ist als 14/15-Jähriger unter den üblichen fadenscheinigen Gründen zum Gemeindeamt bestellt und über verschiedene Stationen auf einen schicksalsträchtigen Leidensweg geschickt worden. Damals wurde ihm verbrecherische Werwolf-Tätigkeit vorgeworfen, wiewohl man sich fragen muss, inwieweit ein so junger Mensch für politische Verbrechen verantwortlich gemacht und schwer bestraft werden kann. Die Antwort, um diesen Gedanken zu Ende zu führen, besteht in zwei Worten: Stalin, Kommunismus.

Siegfried Müller wird demnächst 90 Jahre, und immer noch hat er die Kraft und den Willen, sich gegen das Vergessen und Verdrängen des stalinistischen Unrechts zu stemmen. Er hat kürzlich eine 20-seitige Broschüre mit persönlichen Erinnerungen an das Speziallager Mühlberg verfasst, wo er – bevor er nach Sibirien abtransportiert wurde – in der „Kultura“, der sogenannten Kulturbaracke längere Zeit verbringen musste. Von seiner

Broschüre hat er 50 Exemplare an die Gedenkstätte Mühlberg geschickt, wo diese an die Besucherinnen und Besucher kostenlos verteilt werden sollten. Nachdem er nun nachfragte, ob es eine Resonanz auf seine Schrift gibt, erlebte er eine Enttäuschung, zu der er sich im nachfolgend abgedruckten Leserbrief äußert:

☒ Ich halte es für äußerst wichtig, dass, solange noch Zeitzeugen existieren, die Öffentlichkeit auch über die Details der Lagergeschichte Mühlberg informiert wird. Schon weil es mancherlei böswillige Unterstellungen zur „Kultura“ gegeben hat. Nun wollen ausgerechnet die einflussreichsten Leute mit allen

ich 50 Exemplare der Broschüre an die Gedenkstätte Mühlberg geschickt hatte, erhielt ich keine Empfangsbestätigung. Es wäre aber gerade unter den heutigen Verhältnissen wichtig zu informieren. In der besagten Baracke ist manches, das gefährlich war, geschehen. Tatsächlich gab es heimliche Treffen von Männern und Frauen, die aus demselben Ort stammten. Dies war unter hoher Strafandrohung verboten. Ich war derjenige, der als Mittelsmann eingeschaltet wurde.

Auch Johannes Merz, den viele gar nicht mehr kennen, hat eine Menge riskiert. Die Broschüre gibt über viele Details Auskunft, noch viel mehr könnte ich aus meinen Er-



Mitteln verhindern, dass man erfährt, dass es im Lager diese „Kultura“ gegeben hat, nur weil man versuchte, sich heimlich einige minimale Erleichterungen zu verschaffen. Dabei waren dort Hunger und Krankheit ebenso angesiedelt wie an anderer Stelle, und auch hier wurde gestorben, und es flossen nachts bitterste Tränen. Nachdem

innerungen heraus ergänzen. Die Frage ist, ob das in der heutigen Zeit, da sich offenbar CDU und Linke – auf Kosten der Opfer – annähern, gewollt bzw. erwünscht ist.

Siegfried Müller

Anm.: Das Foto (Neubrandenburg) zeigt, dass die Opfer keinesfalls vergessen sein müssen.

Wir trauern um

Rudolf Keick

Wolfgang Kaiser

Rudolf Schmidt

Willi Wagner

Manfred Anders

Bezirksgruppe Harz

Bezirksgruppe Jena

Bezirksgruppe Karlsruhe

Bezirksgruppe Bernburg

Bezirksgruppe Rhein-Ruhr

Die VOS wird ihnen ein ehrendes Gedenken bewahren

Termine, Infos und Angebote

Liebe Kameradinnen, liebe Kameraden,
hiermit laden wir Euch ganz herzlich zu unserer
Jahresabschlussveranstaltung ein:

Samstag, dem 15. Dezember
2018, 10.00 Uhr
nach 09111 Chemnitz, Markt 1,
im Ratskeller (Einlass: ab 09.30 Uhr)

Ein ereignisreiches Jahr geht zu Ende.
Anlass, Rückschau zu halten und
in weihnachtlicher Atmosphäre
Kameraden und
Freunde wieder zu treffen.

Wir freuen uns auf Euer Kommen und
hoffen auf gute Gesundheit.

Der Vorstand der VOS
Chemnitz – Hohenstein-Ernstthal – Stollberg

Teilnahmebestätigung an:
VOS Chemnitz, Müllerstr. 12,
09113 Chemnitz
oder per Telefon unter 0176 825 73 161

Bücher-Fans gesucht!

Wer gern liest und an geschichtlichen und politischen Themen interessiert ist, kann – gegen eine kleine Spende – fündig werden. Unser Kamerad Fritz Schaarschmidt muss aus Umzugsgründen seine umfangreiche Bibliothek auflösen bzw. verkleinern und hat daher wertvolle Bücher abzugeben. In seiner Sammlung befinden sich Werke von Bernd Eisenfeld, Hubertus Knabe, Konrad Löw, Konrad Adenauer, Klaus Schröder, Jürgen Fuchs, Hartmut Koschyk, Ines Geipel und noch viele andere. Die vollständige Liste und weitere Informationen unter: www.DDR-Ausreise.de www.DDR-Opfer.de www.freddycom.de. Auskunft gibt natürlich wie immer auch die Bundesgeschäftsstelle der VOS.

Die Aussichten bessern sich

Renten-Unrecht könnte gekippt werden

Nach dem *Lehnert-Urteil* von Aachen, das vielleicht noch nicht allen bekannt ist, (Fg-Bericht folgt) hat sich einiges entwickelt: Rechtsanwalt Geis (<http://www.rechtsanwalt-geis.de/de/index.html>) prüft ähnlich gelagerte Fälle, (meinen auch). Wer also erste Bescheide mit FRG vorweisen kann, hat gute Karten. RA Geis prüft auf Antrag von Betroffenen/Klägern die Fälle für eine Gebühr von nur 80.- EURO. Mein Fall gehört dazu: 1989 und 1997. Die Bescheide nach FRG, aber plötzlich unverlangt eine neue Klärung 1998 nach "SVA" für Beitrittsbürger, obwohl mit Urkunde aus der "DDR-Staatsbürgerschaft" entlassen (gebührenpflichtig!).

Auch kann man ihn mandatieren, wenn der betreffende "Fall" vor dem Sozialgericht verhandelt wird. Hier wird noch ins Auge gefasst, ob mit einer Vereinbarung die IEDF die Kosten der ersten Instanz trägt, falls keine Rechtsschutzversicherung vorhanden ist. Schauen wir mal ...

Fritz Schaarschmidt

VEREINIGUNG DER OPFER DES STALINISMUS e.V. (VOS)

Hardenbergplatz 2, 10 623 Berlin
PVSt Deutsche Post
Entgelt bezahlt
G 20 666

„Freiheitsglocke“, herausgegeben von der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. - Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus - (gemeinnützig und förderungswürdig), erscheint seit 1951 im Selbstverlag zwölf Mal jährlich, ab 2014 in 6 Doppelausgaben

Bundesgeschäftsstelle der VOS

Hardenbergplatz 2, 6. Etage, 10 623 Berlin
Telefon / AB: 030 – 2655 23 80 und 030 – 2655 23 81

Fax: 030 - 2655 23 82

Email-Adresse: vos-berlin@vos-ev.de

Sprechzeiten: Dienstag u. Donnerstag von 14.00 bis 17.00 Uhr
Postbankkonto Nr. **186 25 501** bei der

Postbank Köln, Bankleitzahl **370 100 50**

IBAN: DE31 3701 0050 0018 6255 01

BIC: PBNK DEFF

Spenden sind steuerlich absetzbar

Beratung in der Landesgeschäftsstelle Berlin:

Telefon/AB: 030 - 2655 23 81 Fax: 030 – 2655 23 82

Mail: lv-berlin@vos-ev.de

Dienstag und Donnerstag von 12.00 bis 17.00 Uhr, sonst nach Vereinbarung. Um Voranmeldung wird gebeten.

V.i.S.d.P.: Bundesvorstand der VOS

Redaktion und Satz: A. Richter-Kariger
redaktion@vos-ev.de, Fax: 02572 - 84782

Bitte nur deutlich lesbare Beiträge schicken. Bitte auch bei eMails und Fax-Schreiben **den Absender nicht vergessen**, sonst ist **keine Abnahme** vom Server gewährleistet.

Druckerei: Neymanns Tel. 030 / 70 24 22 24, E-Mail: satzherstellung@gmx.de. Internet: www.satzherstellung.com

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Mit (FG) gekennzeichnete Beiträge sind zum Nachdruck mit Quellenangabe frei. Beleg erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Jedes Mitglied der VOS wird durch den Erhalt der „Freiheitsglocke“ vom Verbandsleben informiert.

Jahresbeiträge:

- | | |
|--|---------|
| – einheitlich für alle Mitglieder | 45,00 € |
| – Ehepartner (ohne Freiheitsglocke) | 15,00 € |
| – Aufnahmegebühr Mitglieder | 2,60 € |
| – Abonnement der Freiheitsglocke | 24,00 € |

Spenden unbedingt erbeten!

Internetseiten der VOS www.vos-ev.de

Fg-Nummer 793/ 794 erscheint Nov./ Dezember 2018

Redaktionsschluss der FG 791/792 am 05. Oktober 2018